p.s.

Im Gespräch
«Einfacher nachhaltig leben»
S. 12 – 13

Politeratour
Auf Wissen folgt kein Handeln
S. 18 – 19

Ungekrönt?
Nominieren geht über Studieren. Sechs Versuche
LOOP

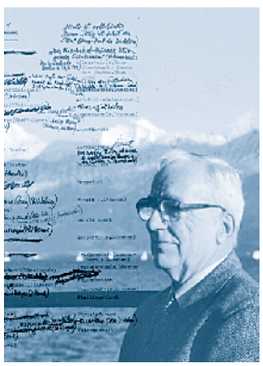
Bernard Hermant/unsplash

29

LOOP

Nr. 29/21 27.08.21 SFr. 4.–
AZA 8004 Zürich Post CH AG

Das Wort



Kurt Marti (1921 – 2017) war evangelisch-reformierter Pfarrer an der Berner Nydeggkirche, Schriftsteller und ein stets kritisch-engagierter Kopf, der sich zu gesellschaftlichen wie kirchenpolitischen Themen äusserte. Er war Mitbegründer der «Erklärung von Bern» und der AutorInnenvereinigung «Gruppe Olten» und geprägt von der Widerstandstheologie Karl Barths. Ein grosses Anliegen war ihm auch, die Berner Mundart in der Lyrik aus der Ballenbergecke herauszuholen und in die Zeitgenossenschaft zu überführen. Sein Gedicht «wo chiemte mer hi / wenn alli seite / wo chiemte mer hi / und niemer giengi / für einisch z'luege / wohi das me chiem / we me gieng» hat sich längst ins kollektive Bewusstsein gebrannt. Neben seinem reichhaltigen publizierten Werk präsentiert die Ausstellung im Strauhof auch mehrere Konvolute, die erst posthum entdeckt worden waren, wie etwa ein «Wortwarenladen» genanntes Lexikon. froh.

«Kurt Marti: Eros. Engagement. Endlichkeit», 27.8. bis 21.11., Strauhof, Zürich.

Augen reiben

Mirco Rederlechner

Falls jemand einen Grund für den sonntäglichen Frühschoppen benötigte, hier ist einer: Uta Köbernick tritt ab diesem Sonntag bis am 19. Dezember (fast) alle zwei Wochen am Sonntagmorgen um elf Uhr für etwa eine Stunde auf die Bühne des Comedyhauses am Albisriederplatz und «macht Sachen». Klar ist: Sie kann Klavier. Sie kann Geige. Sie kann Gesang. Sie kann Schauspiel. Sie kann Gedicht. Sie kann Alltagsbeobachtungen. Sie kann Frohsinn. Sie kann Sarkasmus. Sie kann Satire. Und: Sie kann Selbstironie. In der Ankündigung tritt sie im Schlafanzug mit Bärchen in der Hand auf, wohl suggerierend, dass auch willkommen ist, wer es trotz physischer Fortbewegung zu dieser frühen Stunde dennoch nicht gänzlich geschafft haben sollte, sich den Schlaf aus den Augen zu reiben. Uta Köbernick wird dann schon dafür sorgen, dass erneutes Einnicken ihrem Publikum nicht einmal im Traum in den Sinn kommt. froh.

«Köbernick geht's ruhig an», So, 29.8., 11h, Comedyhaus, Zürich. Eintritt: 15 Franken.

Innen/Aussen

Juerg Zimmermann

Der Bündner Künstler Mirko Baselgia (*1982/Bild) hat sich in den vergangenen drei Jahren in der schroffen Bergwelt selbstgewählt in Isolation begeben, um sich mit dem Fragenkomplex der Rolle des Menschen in dieser Welt auseinanderzusetzen. Inspirationen waren ihm (neben der Natur) literarische und philosophische Texte, die sich mit derselben Thematik beschäftigen: Der Mensch als Teil der Natur respektive die Natur als Teil des Menschen. Gemäss Ankündigung holt er den Wald ins Museum, worin er seine Werke drapiert. Hausfassaden schützende Schindeln führt er einer neuen Funktion zu, industriell hergestellte Massenware des Alltags erfahren ein Re- oder Upcycling, und Fundstücken seiner ausgedehnten Streifzüge durch die Natur kommt durch ihre museale Präsentation eine neue Aufmerksamkeit zu. Alles mit der Absicht, ein Reflektieren anzustossen. froh.

Mirko Baselgia: **«)in(out) till sundown»,** 29.8. bis 7.11., Kunst(Zeug)Haus Rapperswil/Jona. Vernissage: So, 29.8., 11h, ebenda.

Nachschlag

Nach «Terre Rouge» im Frühling setzt die neu mit dem Theater Stok assoziierte Regisseurin Miriam Lustig ihre Monologtrilogie fort. Diesmal spielt Raphael Traub. Basierend auf Rainer Maria Rilkes «Die Weise von Liebe und Tod des Cornets Christoph Rilke», entsteht eine erweiterte und aktualisierte Betrachtung über die Lebenssituation und die Gemütslage des jungen Mannes. Ob wie bei Rilke als Fahnenträger im Krieg, der beim ersten Feindkontakt fällt und während seiner letzten Atemzüge über das Lebens sinniert, oder als urban geprägter, moderner Mensch im 21. Jahrhundert, der die Vereinbarkeit des eigenen Freiheitsdrangs mit der Verortung des eigenen Rollenbildes bei der Erkenntnis der finalen Einsamkeit verarbeitet, die Lebensparallelen in einer Gleichaltrigkeit sind da. Genauso in den Sehnsüchten und Ängsten und den Ansätzen ihrer Überführung in eine Erträglichkeit. froh.

«Die Weise von Liebe und Tod des Cornets Christoph Rilke», Mi, 1.9. bis So, 5.9., 20h, Theater Stok, Zürich.

Helden

Die Historie, die Literatur und auch Hollywood strotzen nur so davor: männliche Heroen. Meist recht eigentlich gewalttätig alles daran setzend, der Macht habhaft zu werden. Die Laien-Compagnie «mann tanzt» von Tina Mantel denkt um eine Ecke weiter und stellt die Frage, wie heutiges Heldentum sozial-, gesellschafts-, umwelt- also überhaupt verträglich aussehen könnte. Die Tänzer hätten da mehr als bloss eine Idee und diese Ansätze stellen sie körperlich dar, was mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ein Füllhorn komischer Komponenten mit sich bringen wird. Denn als Durchschnittsmensch steht zuvorderst das Hindernis der Realisierbarkeit von fantastisch ausgemaltem Wunschdenken. Ergo wird's ein Scheitern. Wenn jetzt die Fragestellung neu definiert werden könnte, wie sähe die Gesamtgemengelage dann aus? Antworten werden keine versprochen, dafür sind Denkanregungen garantiert. froh.

«Heroes – eine Anleitung», Do, 2.9. bis Sa, 4.9., 20h, Kulturmarkt, Zürich. Nur Vorverkauf, keine Abendkasse.

Den Stadt-Land-Graben begraben

Stadt und Land – zwei Welten, die auseinanderdriften? Vor allem seit den jüngsten Abstimmungen über die Agrarinitiativen und das CO_2-Gesetz ist in der Schweiz von einem Stadt-Land-Graben die Rede. Zur Frage, wie wir in der Schweiz, auch wenn wir verschieden sind, gut zusammenleben können, äusserte sich Stadtpräsidentin Corine Mauch anlässlich der 1. August-Feier in Hasliberg im Berner Oberland.

Corine Mauch, Stadtpräsidentin Zürich

Es ist mir als Stadtpräsidentin von Zürich eine grosse Freude und eine Ehre, am 1. August auf dem Hasliberg als Rednerin zu Gast zu sein. Ich möchte über ein Thema sprechen, das für die Schweiz höchst bedeutend ist, und das – angesichts eines zunehmenden sogenannten Stadt-Land-Grabens – noch an Gewicht gewinnt, nämlich über den Zusammenhalt in unserem Land.

Willensnation Schweiz

Die Schweiz definiert sich als Willensnation. Willensnation heisst: Wir gehören zusammen, weil wir zusammengehören wollen – obwohl wir nicht alle die gleiche Sprache sprechen und obwohl wir verschiedenen oder auch keiner Religion angehören. Wir haben in der Schweiz vier Landessprachen, wir leben südlich und nördlich der Alpen, es gibt katholisch geprägte, und es gibt reformierte Gebiete. Es gibt weniger dicht besiedelte Regionen wie das Haslital, in denen der Tourismus, die Landwirtschaft und lokal-gewerbliche Strukturen stark präsent sind, und es gibt Städte wie Zürich oder Genf, die über eine grosse Wirtschafts- und Innovationkraft verfügen.

Ausdruck der Willensnation Schweiz ist auch, dass wir den Ausgleich zwischen den verschiedenen Landesteilen suchen und nicht den Dissens zwischen den verschiedenen Kulturen betonen, sondern diese Vielfalt als Reichtum wahrnehmen. Es gibt Gebiete in unserem Land, die von Abwanderung bedroht wären, wenn der Bund und die grossen Zentren nicht erhebliche Mittel in unsere Finanzausgleichssysteme einschiessen würden. Unser Land ist so verschieden, so vielfältig – und trotzdem halten wir zusammen. Dies zu betonen und den Wert davon zu sehen, ist gerade jetzt wichtig.

Seit einigen Jahren scheint dieser Zusammenhalt gefährdet. Politologen und Journalistinnen beschreiben, in den letzten Jahren öffne sich ein Stadt-Land-Graben. Je nach Standpunkt werden dann das Jagdgesetz oder die Durchsetzungsinitiative angeführt, bei denen die städtischen Regionen das Land überstimmt haben, oder das CO_2-Gesetz und die Kampfflieger-Vorlage, wo es umgekehrt war.

Gräben wurden überwunden

Es stimmt, in gewissen Fragen ticken Land und Stadt unterschiedlich. In vielen Fragen aber auch nicht. Es ist der Schweiz immer wieder gelungen, tiefe Gräben zu überwinden.

So haben im vorletzten Jahrhundert katholische Truppen aus der Innerschweiz, dem Wallis und dem Freiburgischen gegen die Armeen der liberalen Kantone einen kurzen Bürgerkrieg ausgefochten, der als «Sonderbundskrieg» in die Schweizer Geschichte einging. Der Graben zwischen katholischen und reformierten Gebieten war auch in meiner Jugendzeit noch sehr präsent. Heute ist er kaum mehr spürbar, und in unserem Land leben Menschen ihren unterschiedlichen Glauben sichtbar und friedlich.

Ein zweites Beispiel: 1918 haben gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen und Arbeiter im Landesstreik für eine Altersversicherung gekämpft, für das Frauenstimmrecht, für die 48-Stunden-Woche und für die Proporzwahl des Nationalrats. Zürich wurde während des Landesstreiks gar von der Armee besetzt. Der Graben zwischen Arbeiterbewegung und den bürgerlich orientierten Schichten war tief. Heute aber verfügt die Schweiz über gut ausgebaute soziale Sicherungssysteme und bietet ihren Bewohnerinnen und Bewohnern Frieden, demokratischere Strukturen, Freiheit und materielle Sicherheit.

Als letztes Beispiel: Der «Röstigraben» stand lange Zeit für eine Spaltung zwischen der französisch- und der deutschsprachigen Schweiz. Heute sind sich die beiden Landesteile nähergekommen. Bei Abstimmungen oder Wahlen ist der «Röstigraben» in den Hintergrund gerückt. Auch die Stadt Zürich arbeitet beispielsweise ausgezeichnet mit Genf zusammen. Und die grossen Städte dies- und jenseits der Sarine treiben gemeinsam das Projekt einer «Neuen Landesausstellung – NEXPO» voran, die das Zusammenleben in unserem Land thematisieren will.

Miteinander im Gespräch bleiben

Die Schweiz hat es in der Vergangenheit immer wieder geschafft, tiefe Gräben zu überwinden. Daran sollten wir uns erinnern, wenn wir von einem Stadt-Land-Graben in unserem Land sprechen. Und die Fakten prüfen: In den letzten 20 Jahren überstimmten die Landregionen die Stadtregionen 29-mal, die Stadtregionen umgekehrt die Landregionen 22-mal. In unserer Demokratie gibt es Siegerinnen und Verliererinnen, aber am nächsten Abstimmungssonntag werden die Karten neu gemischt, und die Verlierer sind dann möglicherweise die Sieger.

Zur Willensnation gehört der Wille, zusammenzuleben. Ich bin zuversichtlich, dass wir auch den sogenannten Stadt-Land-Graben überwinden werden. Doch müssen wir dafür etwas tun. Einander zuhören, auf einander zugehen, verstehen wollen, wie das Vis à vis denkt und erkennen, welche Gründe zu unterschiedlichen Ansichten führen. Für ein gutes Zusammenleben ist es zentral, dass wir Anteil nehmen am Leben der Anderen – ganz gleich ob man aus einer reformierten Tradition kommt wie ich oder aus einer muslimischen Familie, ob die beste Freundin ursprünglich aus dem Kosovo oder der Arbeitskollege aus Skandinavien stammt. Oder eben: ob jemand vom Land oder aus der Stadt kommt. Niemand will pauschal und stereotyp schubladisiert werden, als ‹eine aus der Stadt› oder als ‹einer vom Land›. Das wird uns allen nicht gerecht. Das gemeinsame, demokratische Ringen um gute Lösungen hat in unserem Land eine lange Tradition. Diese Fähigkeit brauchen wir auch in Zukunft dringend. Es stehen grosse Herausforderungen an. Dazu gehört – gerade auch nach der Ablehnung des CO_2-Gesetzes – die Umwelt- und Klimapolitik. Dazu gehört das Verhältnis zu unserer wichtigsten Handelspartnerin, der Europäischen Union. Und dazu gehört das Verhältnis zwischen Stadt und Land.

Unsere Demokratie ist ein lebendiges Gebilde. Sie muss sich weiter entwickeln können. Wir brauchen Mut, Offenheit und Zuversicht, um Differenzen zu erkennen, zu benennen und ‹auszujassen›. Wichtig wäre, uns selbst zuweilen mit den Augen der Anderen zu betrachten und uns in die Lage der Anderen hineinzuversetzen. Auch das gehört zur Willensnation Schweiz, die weltweit ein demokratisches Vorbild ist.

«Jede und jeder von uns kann einen Beitrag leisten zu einer vorbildlichen, partnerschaftlichen und selbstbewussten Schweiz.»

Corine Mauch, Stadtpräsidentin Zürich

Jede und jeder von uns kann einen Beitrag leisten zu einer vorbildlichen, partnerschaftlichen und selbstbewussten Schweiz. Dazu müssen wir miteinander im Gespräch bleiben.

Neues Wahlprozedere für Bankrat

Der Kantonsrat stimmte einer neuen Regelung für die Bankratswahlen zu und diskutierte die Bewilligung von gebundenen Ausgaben auf Gemeindeebene sowie die temporäre Stellvertretung von Ratsmitgliedern.

Roxane Steiger

Am Montag tagte der Kantonsrat zum ersten Mal nach einer fünfwöchigen Sommerpause. Das Fokusthema betraf die Vorbereitung der Bankratswahlen. Der Bankrat der Zürcher Kantonalbank (ZKB) besteht aus 13 vom Kantonsrat gewählten Mitgliedern. Sie werden für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt. Nun übt die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (Finma) Kritik am bisherigen Wahlprozedere der Bankratsmitglieder. Es entspreche den «regulatorischen Anforderungen» nicht mehr. Die Aufsichtskommission über wirtschaftliche Unternehmen (AWU) beantragt dem Kantonsrat deshalb, das aktuelle Reglement zu ändern. Mit dieser Änderung müsste die ZKB nach Konsultation der AWU für die Wahlen ein Beratungsunternehmen beauftragen. Die nominierenden Fraktionen schlagen für die Bankratswahlen jeweils maximal drei KandidatInnen vor. Das Beratungsunternehmen soll nun prüfen, ob die nominierten KandidatInnen dem Anforderungsprofil für das entsprechende Gremium und dem Kompetenzprofil des Gesamtgremiums entsprechen. Die Ergebnisse dieser Prüfung sollen dem Bankpräsidium durch die nominierenden Fraktionen zugestellt werden. Auf Anfrage der Finma soll schliesslich das Bankpräsidium zu den nominierten KandidatInnen Stellung nehmen.

Frage der Verantwortung

In einer freien Debatte wurde über ein Nichteintreten auf die Vorlage, einen Rückweisungsantrag sowie mehrere Minderheitsanträge diskutiert. Die Grünen und die AL lehnten die Änderung des Wahlreglements ab und stimmten für Nichteintreten. Die ZKB sei eine politische Bank, für die der Kantonsrat bei der Zusammensetzung eine politische Verantwortung trage. Zudem führe der Einsatz eines Beratungsunternehmens zu einer zunehmenden Professionalisierung des Bankrates. «Ein Beratungsunternehmen hört sich gut an. Aber wo wir die politische Verantwortung abgegeben haben, wurde es wie zum Beispiel beim Universitätsspital nicht besser», erläuterte Markus Bischoff (AL). «Es braucht das Primat der Politik und nicht der Privaten.» Von der entgegengesetzten Ratsseite wurde von Hans-Peter Amrein (SVP) und Valentin Landmann (SVP) der Einsatz für das «Primat der Politik» hoch gelobt. Bis auf die Grünen und die AL sprachen sich die restlichen Parteien mit 110 zu 31 Stimmen gegen ein Nichteintreten aus. «Die ZKB ist kein Kaninchenzüchterverein», kommentierte Beatrix Frey-Eigenmann (FDP). Die Wahlen bei der ZKB seien komplexer, genau weil die Politik involviert sei. «Bei einer Beratungsfirma stehen nur die sachlichen Kompetenzen der KandidatInnen im Fokus.» Die SP sowie die EVP zeigten sich ebenfalls mit dem neuen Reglement zufrieden. Die GLP stimmte dem Eintreten auf die Vorlage zu, hielt aber an einem eigenen Antrag für eine Ausnahmeregelung fest. In Einzelfällen sollte auf den Beizug des Beratungsunternehmens verzichtet werden können. Auch die Rückweisung der Vorlage, die Hans-Peter Amrein beantragt hatte, wurde mit 144 zu 7 Stimmen abgelehnt. Für die anschliessende Detailberatung hatte Amrein 14 Änderungsanträge vorbereitet, die allesamt abgelehnt wurden. Der Minderheitsantrag der GLP sowie ein weiterer Minderheitsantrag, der die Streichung des Beizugs eines zusätzlichen Bankratsmitglieds bei der Erarbeitung der Stellungnahme zuhanden der Finma verlangt, wenn eine Partei der nominierenden Fraktion nicht im Bankpräsidium vertreten ist, wurden abgelehnt.

Gemeindeausgaben und Stellvertretung

Kurz nach der Bankratsdebatte erlitt Ruedi Lais (SP) einen Schwächeanfall und brach auf seinem Pult zusammen. Nach 40 Minuten folgte die Information, dass sich sein Zustand stabilisiert habe, er zur Sicherheit aber hospitalisiert wurde. Währenddessen war die Debatte bereits zu zwei parlamentarische Initiativen fortgeschritten.

Bei der ersten handelte es sich um eine Initiative von Hans-Peter Amrein, die eine neue Bewilligungspraxis für gebundene Ausgaben auf Gemeindeebene forderte. «In gewissen Gemeinden wurde der Anwendungsbereich der gebundenen Ausgaben extensiv angewendet», begründete Amrein sein Anliegen. Ausgaben würden oft als gebunden betrachtet, um schnell und unkompliziert durch die Exekutive beschlossen werden zu können. Mit seiner Initiative fordert er darum eine bessere Umschreibung gebundener Ausgaben im Gesetz sowie eine Betragsgrenze für grössere Ausgaben, die der Gemeindeversammlung oder dem Gemeindeparlament unterbreitet werden sollen. Karin Joss (GLP) teilte die Ansicht, dass bei den gebundenen Ausgaben ein Problem existiere. «Diese parlamentarische Initiative schlägt allerdings einen zu komplizierten Lösungsweg vor, als dass man ihn in der Praxis anwenden könnte», erklärte sie. Silvia Rigoni (Grüne) erachtete die Initiative als «getrieben von tiefem Misstrauen gegenüber den Exekutiven in den Gemeinden». Zudem sei für gebundene Ausgaben im Gemeindegesetz vorgeschrieben, was nötig sei, um exzessive Ausgaben zu vermeiden. Mit 40 Stimmen kam die vorläufige Unterstützung der Initiative nicht zustande.

Bei der zweiten parlamentarischen Initiative wurden zwei verschiedene Traktanden aufgrund thematischer Überschneidungen zusammengelegt. Das erste Traktandum, das von der SP, der GLP, den Grünen und der AL unterstützt wurde, stellte Sibylle Marti (SP) vor. «Unsere Gesellschaft hat sich mit gestiegenen beruflichen und familiären Anforderungen verändert. Bei der Funktionsweise unseres Parlaments hat sich aber wenig getan.» Die Vereinbarkeit der Ratstätigkeit mit Beruf und Familie sei deshalb immer schwieriger. «Eine Stellvertretungsregelung könnte einen wesentlichen Unterschied zum Erhalt und zur Stärkung des Milizparlaments leisten», erläuterte sie. Lösungsansätze und Inspiration gebe es zuhauf, wie etwa im Kanton Jura, Genf oder im Wallis, die seit Jahren unterschiedliche Stellvertretungsregelungen kennen. Marti schlägt ein Modell des «Nachrückens auf Zeit» vor, ist aber für andere Optionen offen. Die Regelung soll für längere Abwesenheiten gelten, zum Beispiel im Fall von Elternschaft, Unfall oder Weiterbildungen.

Carola Etter-Gick (FDP) sprach sich auch für das Milzsystem aus, verfolgte aber einen anderen Lösungsansatz. Sie forderte, dass eine Übertragung der eigenen Stimme an ein anderes Ratsmitglied in besonderen begründeten Fällen möglich sein sollte. Eine weitere Alternative sieht sie in der elektronischen Abstimmung. Während sich die SVP mit ihrem Stolz auf das Milizparlament gegen beide Initiativen aussprach, übten einige Stimmen Kritik an der Idee der Stimmübertragung aus. Dadurch würden die Stimmen der Bevölkerung nicht richtig abgebildet. Schlussendlich sprach sich der Rat mit 69 Stimmen für die vorläufige Unterstützung der Stellvertretungsregelung aus, während die Übertragungsregelung mit 31 Stimmen nicht zustande kam.

Wohnen, Wärme, Velo

Der Zürcher Gemeinderat hat den Ersatzneubau der Wohnsiedlung Hardau I sowie den Ausbau des Fernwärmenetzes gutgeheissen, das letzte Wort dazu haben die Stimmberechtigten im November. Für die VelofahrerInnen rückt zudem nach 18 Jahren Hin und Her endlich die durchgängig befahrbare Langstrasse in Griffnähe.

Nicole Soland

An der ersten Sitzung nach den Sommerferien nahm sich der Zürcher Gemeinderat die städtische Wohnsiedlung Hardau I an der Hardstrasse 23 bis 39 vor, die durch einen Neubau ersetzt werden soll. Kommissionssprecherin Anjushka Früh (SP) erklärte, die vor fast 60 Jahren erbaute Siedlung entspreche nicht mehr heutigen Bedürfnissen und auch nicht den aktuellen Standards in Bezug auf Wohnungsgrössen, Wohnungsmix, Energieeffizienz, Lärmschutz und Hindernisfreiheit.

Indem ein Ersatzneubau errichtet werde, liessen sich zudem die Ausnützungsreserven ausschöpfen: Statt der heutigen 80 Wohnungen wird die Siedlung neu 122 Wohnungen umfassen, die Anzahl BewohnerInnen erhöht sich von rund 150 auf 400. Im Erdgeschoss sind unter anderem Gewerberäume, Ateliers und ein Kindergarten geplant, und auch das Personalmeldeamt zieht dorthin. Der Grossteil der Wohnungen hat vier und mehr Zimmer und ergänzt damit die Siedlung Hardau II mit ihren vorwiegend kleineren Wohnungen. Vermietet wird wie üblich zur Kostenmiete. Die Überbauung wird zudem als autoarme Siedlung konzipiert: Ein Teil der heutigen Autoparkplätze wird abgebaut oder in die Einstellhalle in der Siedlung Hardau II verschoben. Dafür sind 400 Veloabstellplätze geplant. Den Wettbewerb für den Ersatzneubau führte das Amt für Hochbauten 2017 durch, das Siegerprojekt Laurel & Hardy von Graber Pulver Architekten AG aus Zürich wurde im Sommer 2018 vorgestellt (vgl. P.S. vom 29. Juni 2018). Der Objektkredit beläuft sich auf 70,7 Millionen Franken. Die Mehrheit der Kommission unterstütze die Vorlage, sagte Anjushka Früh.

Zum Rückweisungsantrag der SVP führte Martin Götzl aus, mehr Wohnungen und Platz fürs Gewerbe seien zwar zu begrüssen. Doch der Bodenwert sei mit lediglich 800 Franken pro Quadratmeter viel zu günstig veranschlagt, marktüblich wären «mittlere vierstellige Beträge». Zudem stört die SVP der Abbau der Parkplätze bei gleichzeitigem Ausbau der Veloabstellplätze. Götzl ärgerte sich auch darüber, dass die FDP, die seinerzeit den Projektierungskredit abgelehnt habe, jetzt für die Vorlage stimmen werde. Përparim Avdili (FDP) erklärte, die SVP befinde sich offensichtlich im Wahlkampfmodus. Seine Fraktion hingegen würde «natürlich eine andere Wohnpolitik machen, wenn wir die absolute Mehrheit hätten», doch hier sei «Realpolitik» gefragt. Mit 99:17 Stimmen lehnte der Rat den Rückweisungsantrag ab und hiess die Vorlage mit 98:17 Stimmen gut.

Ein Schritt in Richtung 2000-Watt-Gesellschaft

Nach einer Vorlage, die im Zürcher Gemeinderat in jüngerer Vergangenheit gefühlt alle drei Wochen auf der Traktandenliste steht – das Bewilligen mehrerer zusätzlicher Züri-Modular-Pavillons auf diversen Schulanlagen –, nahm sich der Rat den Ausbau der Fernwärmeversorgung in den Quartieren Wipkingen, Oberstrass, Unterstrass, Aussersihl sowie den Gebieten Guggach und Zürich-West/Sihlquai im Zeitraum 2022–2040 vor. Dafür galt es, einen Rahmenkredit von 330 Millionen Franken sowie eine Vorfinanzierung mit 40 Millionen Franken zu beschliessen. Kommissionssprecherin Barbara Wiesmann (SP) erklärte, der geplante Ausbau trage «massgeblich» dazu bei, dass Zürich seine Ziele bezüglich 2000-Watt-Gesellschaft erreichen könne. Gebäude, die an das Fernwärmenetz angeschlossen seien, brauchten keine eigenen Anlagen mit fossiler Energie mehr. Das verringere den CO_2-Ausstoss.

Zwar nicht inhaltlich dagegen, aber für ein anderes Vorgehen war die GLP, wie Ronny Siev ausführte: Seine Fraktion wolle den Rahmenkredit nur bis 2030 und nur im Umfang von 149 statt 330 Millionen Franken sprechen. Im Jahr 2030 stünde dann eine Evaluation an, und je nachdem, welche Erfahrungen man bis dann gemacht haben werde, könnte die zweite Tranche gesprochen werden. Ohne «Marschhalt» 20 Jahre voraus zu planen wäre hingegen nicht klug – was würde zum Beispiel geschehen, falls die Bemühungen zur Abfallvermeidung künftig so erfolgreich wären, dass nicht mehr genug Abfall zur Verbrennung da wäre?

Die SVP lehne die Vorlage ab, stimme aber für den Vorschlag der GLP, sagte Derek Richter. Den «Heissdampf» aus dem Hagenholz nur für «Sanitär und Wohnungen heizen» zu nutzen, sei falsch. Zudem operiere das Fernwärmenetz mit einer Leitung über die ganze Stadt, und gebe es einen Schaden, dann müssten ganze Quartiere kalt duschen. Markus Kunz (Grüne) erinnerte unter anderem daran, dass die Stimmberechtigten bereits vor einigen Jahren eine Verbindungsleitung für rund eine halbe Milliarde Franken bewilligt haben. Zudem werde zumindest in den nächsten 20, 30 Jahren der Abfall nicht ausgehen. Tiefbauvorsteher Richard Wolff fügte an, den Kredit zu etappieren, sei gar nicht erlaubt, den Stimmberechtigten müsse von Anfang an die Gesamtsumme vorgelegt werden. Den Antrag der GLP lehnte der Rat mit 78:42 Stimmen ab, den Rahmenkredit hiess er mit 102:17 Stimmen bei einer Enthaltung gut, und zur Vorfinanzierung sagte er mit 101:17 Stimmen Ja.

Velorouten-Lücke geschlossen

Zu später Stunde stand schliesslich noch die verkehrsarme Langstrasse auf dem Programm: Markus Knauss (Grüne) blendete zurück bis zu einer Petition von Pro Velo sowie einer Motion des heutigen Finanzvorstands Daniel Leupi und des ehemaligen CVP-Gemeinderats Robert Schönbächler aus dem Jahr 2003, die eine Vorlage «für eine bessere Verkehrsführung an der Langstrasse» verlangt hatten. Seither gabs Projekte, Rechtsfälle etc. etc., P.S. berichtete mehrmals, für eine ausführliche Zusammenfassung wäre wahrscheinlich eine Sondernummer nötig …

Kurz: Der Knackpunkt aus VelofahrerInnen-Sicht ist das Fahrverbot in Fahrtrichtung Helvetiaplatz ab der Militärstrasse bis zur Kreuzung mit der Hohlstrasse, das zu Umwegen zwingt oder VelofahrerInnen, so sie verbotenerweise die Busspur befahren, Bussen beschert. Nun soll in der Langstrasse im Abschnitt Brauer- bis Dienerstrasse ein Tagesfahrverbot für den motorisierten Individualverkehr signalisiert werden. Die separate Busspur und das Einbahnregime in der Langstrasse im Abschnitt Hohl- bis Militärstrasse werden aufgehoben. Als Grund dafür, weshalb es so lange gedauert hat, nannte Knauss das «komplexe, historisch gewachsene Verkehrsregime» und dass für die Umsetzung der «Segen des Kantons» nötig war. Mit 80:36 Stimmen (von SVP und FDP) hiess der Rat einen Objektkredit von 5,06 Millionen Franken für die Neugestaltungsmassnahmen und den Lärmschutz im Projekt verkehrsarme Langstrasse im Abschnitt Stauffacher- bis Dienerstrasse sowie Ankerstrasse und Kanonengasse, Abschnitt Molken- bis Lagerstrasse gut. Damit werde für den Veloverkehr zwischen den Kreisen 3, 4, 5 und 6 eine «empfindliche Lücke» geschlossen, freute sich Knauss.

PAROLENSPIEGEL FÜR DEN 26. SEPTEMBER

Abstimmungen

Schweiz

Ehe für alle
Ja: FDP, GLP, Mitte, Grüne, SP
Nein: EDU, EVP, SVP
«Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» (99%-Initiative)
Ja: EVP, SP, Grüne
Nein: EDU, FDP, GLP, Mitte, SVP

Kanton Zürich

Keine Vorlagen

Stadt Zürich

Besonnungs-Initiative
Ja: Grüne
Nein: FDP, GLP, SP
Neubau Wache Nord
Ja: GLP, Grüne, SP
Nein:
Stimmfreigabe: FDP

Stadt Winterthur

Neue Gemeindeordnung
JA: EVP, FDP, GLP, Grüne, SP
Nein: Mitte, SVP

Bewirtschaftung der Parkplätze auf öffentlichen Grund
JA: GLP, Grüne
Nein: FDP, Mitte, SVP

Die noch fehlenden Parolen werden nachgeführt, sobald die Parteien sie beschlossen haben.

IN KÜRZE

Sanierung Rote Fabrik

Nach mehr als zehn Jahren Rechtsstreit hat das Bundesgericht jetzt entschieden: Das Kulturzentrum Rote Fabrik darf sanieren. Der juristische Hürdenlauf wurde ausgelöst durch die geplante Sanierung des Dachs nach den entstandenen Brandschäden im Jahre 2012. Eine Gruppe Anwohner reichte beim Gericht Beschwerde ein zu Lärmschutzvorschriften und Denkmalschutz. Das Bundesgerichtsurteil hält jetzt fest, dass die Kläger für die Gerichtskosten aufkommen müssen und die geplante Sanierung vonstatten gehen kann. Der Rechtsstreit war für das Kulturzentrum auch finanziell einschneidend: Jährlich entgingen dem Kulturzentrum Einnahmen von etwa 80 000 Franken, da aus feuerpolizeilichen Gründen die Aktionshalle nicht mehr vollständig genutzt werden durfte.

Jetzt gibt es eine Aussicht, dass das Kulturzentrum wieder mit voller Kapazität Veranstaltungen durchführen kann. Gemäss dem Hochbaudepartement starten die Umbauarbeiten voraussichtlich Anfang 2023 und dauern rund zwei Jahre. Diese Nachricht freut auch das Vorstandsmitglied der Interessengemeinschaft Rote Fabrik Katharina Prelicz-Huber: «Es dauert zwar immer noch, aber wir sind sehr dankbar und froh über diesen Entscheid.» nan.

FORUM

Neue Leerlaufideen

Unser Land steht europaweit mit dem Impfen nicht gerade gut da. Zu verdanken haben wir die schlechte Rangierung vor allem der SVP, die ihre Anhänger alles andere als motiviert. Einer, der gerne provoziert ist der Zuger Thomas Aeschi, der alle vierzehn Tage mit einer neuen weltbewegenden Idee die Medien aufschreckt, die sich im Nachhinein als Leerlauf entpuppt. Ob die SVP mit ihrer fragwürdigen Strategie mehr Wähler gewinnt, ist anzuzweifeln.
Max Bürgis, Wettingen

Linke Mehrheit gefährdet sich selbst

Diverse politische Kommentatoren sind schon oft zum Schluss gekommen, dass eine politische Mehrheit, die das Sagen hat, ihr politisches Sensorium immer mehr verliert, je länger sie an der Macht ist. So geschehen neustens in der Stadt Zürich?

Die Absicht des Stadtrates, nahezu flächendeckend die Tempo-30-Zone auf die ganze Stadt auszudehnen und damit auch in Kauf zu nehmen, dass der öV sich auch an Tempo 30 halten muss, scheint mir das Potenzial des fehlenden Sensoriums zu haben. Ein guter öV, der so gestaltet werden soll, die Attraktivität des Privatverkehrs zu überholen, ist ja unbestritten eines der wichtigsten Ziele einer linken Gemeindepolitik. Die Verkehrsberuhigung, die der Stadtrat mit seiner Tempo-30- Absicht anstrebt, ist gut gemeint, aber sicher nicht durchdacht. Alle Stimmbürger – und das sind sehr viele –, die auf den öV angewiesen sind, können somit die Absicht des Stadtrates nicht verstehen. Wir wollen ja schliesslich alle mit dem öV in einer vernünftigen Zeit von A nach B gelangen. Um mit Tempo 30 den Fahrplan einzuhalten, müssten ja mehr Fahrzeuge zirkulieren und mehr Personal beschäftigt werden. Hat der Stadtrat ausgerechnet, was das kostet?

Aus dem ‹Tages-Anzeiger› vom 21.7.2021 entnehme ich, dass der noch amtierende SP-Schulpräsident Roberto Rodriguez im Schulkreis Uto sich selbst nach Ende seiner Amtszeit mit Beginn des neuen Schuljahres zum Schulleiter des Schulhauses Falletsche ernannt hat. Zudem soll er noch mit 500 000 Franken entschädigt werden, weil er sein Präsidentenamt aufgegeben. hat. Ihm scheint auch jegliches Sensorium dafür abgegangen zu sein, was solches Handeln beim Stimmbürger und Wähler für einen Eindruck hinterlässt. Manche werden sich fragen: Sind wir in einer Bananenrepublik? Ist das bei der SP der Beginn einer sich ausbreitenden Vetterliwirtschaft?

Ich habe nun eine Bitte an alle Amtsträger der Linken, besonders an die der SP: Bleibt bescheiden und werdet nicht selbstgefällig, übermütig und unsensibel. Wenn nicht, gibt es bei den nächsten Wahlen eine gesalzene Rechnung, die sich gewaschen hat, mit Quittung für die bestehende linke Mehrheit.
Peter Goldmann, SP 4

IN KÜRZE

Bye Bye Roxane, Hallo Natali

Mitte Juli beendete Roxane Steiger ihr Praktikum beim P.S. Sie ist in dieser Ausgabe noch mit einigen Artikeln präsent. Roxane Steiger bereicherte die Redaktion mit ihrem Wissen und Interesse für Klima- und Gleichstellungsfragen und ihrem Flair für Lokalpolitik. Zudem betreute sie in den letzten Wochen den Newsletter der P.S.-Redaktion. Wir wünschen ihr für die Zukunft alles Gute und hoffen, dass sie auch in Zukunft noch den einen oder anderen Artikel beisteuern wird. Neu auf der Redaktion ist Natali Abou Najem. Die Zürcherin studiert an der Universität Bern Germanistik und Sozialwissenschaften, engagiert sich dort in der Fachschaft und interessiert sich für Literatur und Fragen der sozialen Ungleichheit. Herzlich willkommen. mlm.

Umweltverantwortungsinitiative

Am Dienstag lancierte eine Allianz aus Jungen Grünen, Grünen, SP und Umweltorganisationen die sogenannte «Umweltverantwortungsinitiative». Diese will, dass die Umweltbelastung der Schweiz innerhalb von zehn Jahren so reduziert wird, dass wir die planetaren Grenzen einhalten. «Eine Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen sichert nicht nur das Überleben der Menschheit, sie ist auch eine riesige Chance: für die Wirtschaft, die Lebensqualität und für das Image der Schweiz», meint Julia Küng, Co-Präsidentin der Jungen Grünen Schweiz. Heute überschreite die Schweiz mindestens drei planetare Grenzen – Klima, Biodiversität und Überdüngung, wie Julia Steinberger, Professorin der Universität Lausanne ausführte: «Die Schweiz gehört zu den Ländern mit der höchsten Umweltbelastung pro Kopf der Welt, verfügt aber auch über die sozialen, bildungspolitischen, demokratischen und wirtschaftlichen Mittel, um den Kurs zu ändern.» Georg Klingler, Klimaexperte von Greenpeace meint: «Es kann nicht sein, dass wir uns Ziele setzen und dann aber Jahrzehnte weitermachen, ohne auch nur annähernd das Soll zu erreichen.» Die Initiative legt fest, dass die Natur und ihre Erneuerungsfähigkeit den Rahmen bildet für die schweizerische Gesamtwirtschaft. «Wirtschaftliche Tätigkeiten dürfen nur so viele Ressourcen verbrauchen und Schadstof-

fe freisetzen, dass die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben», heisst es im Initiativtext. Die Initiative will aber auch, dass die getroffenen Massnahmen sozialverträglich sind. mlm.

Apfelschorle

Der SVP schlägt gerade die Wut der Massnahmenkritiker entgegen: Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli (SVP) wurde vergangenen Samstag an einer Veranstaltung in Gossau von einem Impfskeptiker angegriffen. Der 44-jährige Täter hatte die Regierungungsrätin mit einer Apfelschorle übergossen. Ihrem Parteikollegen Roger Köppel schwappt derweil auf den sozialen Medien einige Empörung entgegen. Der sonst unter Corona-Rebellen äusserst beliebte Publizist hat in seinem täglichen Podcast darauf hingewiesen, dass die Schweiz aktuell eine Pandemie der Ungeimpften erlebt. Eine relativ unkontroverse Beobachtung – und trotzdem zu viel für seine impfskeptischen Fans: Er sei ein «regierungstreuer Journalist geworden» und solle sich zum Teufel scheren. Der Zeitpunkt der beiden Vorfälle mag zufällig sein, erscheint aber nach der Nein-Parole der SVP zum Covid-19-Gesetz diese Woche in einem neuen Licht: Die Partei wird die Geister, die sie rief, wohl so schnell nicht mehr los. sim

Mieterlass für Volkshaus-Beiz

Die Volkshaus-Genossenschaft Wädenswil zeigt sich solidarisch mit dem Pächter des asiatischen Volkshaus-Restaurants Coriander Leaf und hat ihm aufgrund von coronabedingten Mindereinnahmen für 2020 einen, und im laufenden Jahr zwei Monatsmieten erlassen. Dies gab Genossenschaftspräsident Willy Rüegg an der Generalversammlung vom Mittwoch im Volkshaus-Saal unter dem spontanen Applaus der TeilnehmerInnen bekannt. Damit wolle man ein Zeichen der Solidarität setzen und auch Wertschätzung gegenüber dem langjährigen und erfolgreichen Pächter und Wirt, mit dem die Genossenschaft in bestem Einvernehmen stehe, zum Ausdruck bringen. Leisten kann sich die Genossenschaft den Mietzinsausfall nicht zuletzt deshalb, weil sie nach Jahren der finanziellen Konsolidierung und des Schuldenabbaus nunmehr auf sehr soliden Beinen steht. Aus der einstimmig verabschiedeten Jahresrechnung geht hervor, dass sie 2020 bei einer Liquiditätsverminderung von 100 000 Franken weitere 150 000 Franken Hypotheken zurückzahlen konnte und gleichwohl noch ein Gewinn von fast 42 000 Franken resultiert. Ein ähnlich grosser Ertragsüberschuss wird auch für 2021 erwartet. Dank konsequenter Hypothekenamortisierung werde man auch in der Lage sein, eine später einmal anstehende Aussenrenovation des Volkshauses zu stemmen, hiess es an der GV. as.

IMPRESSUM

P.S., die linke Zürcher Zeitung
Auflage: 7047 Ex.
Herausgeber: P.S. Verlag, Hohlstrasse 216, 8004 Zürich.
Druck: CH Media Print AG, St. Gallen.

Redaktion: Min Li Marti (mlm.), Tel. 044/241 07 60 (Politik), Nicole Soland (nic.), Tel. 044/241 07 60 (Politik/Produktion), Simon Muster (sim.), Thierry Frochaux (froh.), Tel. 044/240 44 25 (Kultur/Produktion), Natali Abou Najem (nan.).
Mitarbeit: Koni Loepfe (kl.), Tel. 044/241 06 70, Peter Weishaupt (pw./Korrektorat), Hans Steiger (haste), Tobias Gerosa (tg.), Arthur Schäppi (as.), Hermann Koch (hk.), Matthias Erzinger (me.), Angela Bernetta (net.).

Inserate/Abos:
Anna Hug, Tel. 044/241 07 60.
anzeigen@pszeitung.ch,
aboservice@pszeitung.ch,
redaktion@pszeitung.ch,
www.pszeitung.ch,
PC-Konto: 87-569389-2
Erscheint seit Februar 1999 wöchentlich

Abopreis: Fr. 230.– (GönnerInnen: ab 300.–), enthält 10 x jährlich die Musikzeitung LOOP. Separat-Abo: 33.– www.loopzeitung.ch

SPÄTSOMMERSTIMMUNG

Immerhin junggrüne Hoffnungsschimmer

Welch ein Sommer! Völlig verquer. Dauerregen dämpfte zwar die 1. August-Knallerei, doch der Video-Böller des SVP-Präsidenten machte es wett, und ich Depp tat mir das nach der Zeitungslektüre noch am Bildschirm an. Üble populistische Propaganda, politisches Pestizid in eine schon vergiftete Landschaft. Dazu täglich Meldungen von Grosskatastrophen aus aller Welt, der IPCC-Teilbericht. Die militanten Aktionen aus dem Klima-Camp wirkten nach dem lähmenden Volksentscheid vom Frühsommer trotzig verloren. Es mag klug sein, dass nun auch die SP Schweiz das Wirken des Finanzplatzes ins Zentrum rückt, aber es ist zu bequem. Banken und Bonzen gehören nicht zur linken Klientel, und weil damit die interne Strategiedebatte unerledigt endet, sind heikle Fragen von der Mobilität bis hin zu Konsumverzicht vom Tisch. In der Demokratie müsse eben Schritt für Schritt getan werden, was Mehrheiten finde. Das gilt als Realpolitik, selbst wenn ein UN-Generalsekretär von «Alarmstufe rot für die Menschheit» spricht.

Mutig und der Lage angemessen war der Start der Umweltverantwortungs-Initiative der Jungen Grünen. «Wirtschaftliche Tätigkeiten dürfen nur so viele Ressourcen verbrauchen und Schadstoffe freisetzen, dass die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben.» Unrealistisch? «Bund und Kantone sorgen dafür, dass die durch den Konsum verursachte Umweltbelastung der Schweiz spätestens zehn Jahre nach Annahme die planetaren Grenzen gemessen am Bevölkerungsanteil der Schweiz nicht mehr überschreitet.» Um genau diese Fragen muss es in den kommenden Jahren auf allen Ebenen gehen. Vielleicht werden wir dafür zur Zeit der Abstimmung reif sein. Dass, obwohl der GP-Präsident mit im Komitee ist, die Jugendorganisation für die Initiative verantwortlich zeichnet, passt ins hoffnungsvolle Bild, das Naomi Klein in einem dieser Tage erschienenen Aufruf zum Aufbruch in eine von Grund auf veränderte Gesellschaft entwirft. Sie setzt auf «eine grosse Zahl junger Menschen», die «eine neue Politik und ein neues Wirtschaftssystem» fordern, weil sie ihre Zukunft akut in Gefahr sehen. Sie verbinden die Klimafrage mit dem Kampf um Gerechtigkeit, wollen eine für alle bessere Welt. Die global denkende und tätige Publizistin versucht, Chancen nüchtern einzuschätzen. Sie sieht die neoliberalen Strukturen, egoistische Gleichgültigkeit, auch den Zynismus der Reichen. Doch die neue Bewegung wachse. Angst verbinde sich mit Wut, wecke Widerstand. Die vielfältigen Ansätze alternativen Lebens machten diesen stärker. «Such dir eine Aktionsgruppe – oder gründe eine.»

Naomi Klein sieht die neoliberalen Strukturen, egoistische Gleichgültigkeit, den Zynismus der Reichen. Doch die neue Bewegung wächst.

Es war nicht das einzige Buch, mit dem ich Anflüge von Verzweiflung bewältigen wollte, aber das hilfreichste. Eine andere, fast zu kluge Analyse erinnerte mich zudem an den zeitlosen «Nachsommer» von Adalbert Stifter. Erstmals gedruckt 1857! Dort war ich vor Jahren im ersten Romanteil stecken geblieben, bei der Einkehr eines jungen Wanderers aus der Stadt beim alten Mann im ländlichen Rosenhaus. Ich hatte den vergilbten Band wohl weggelegt, weil wieder Aktuelleres anstand. Wäre literarisch Entlegenes nicht geeigneter, die Spätsommerstimmung hinter sich zu bringen?

Mit dem Zirpen der Grillen, das für «eine andere Stille» sorgte, nahm mich der Stifter-Sound sofort wieder ein. Staunend folgte ich dem gemächlichen Gespräch der beiden mit Garantie nicht rebellischen Bürger auf der Bank unter der Esche. Tatsächlich ist hier von «jenen unscheinbaren nachhaltigen Dingen dieses Lebens wie der Luft» die Rede, auch «vernünftige Staatseinrichtungen» sind Thema. Ich denke, die zwei wären heute für Umweltverantwortung zu gewinnen. Spätestens morgen.

Hans Steiger

Mehr dazu auf den Seiten 18 – 19.

Lösungswort Julirätsel: ARTENSTERBEN

Waagrecht: 7. TRITTBRETTFAHRER 12. TRANSPORT-BEHAELTER 18. ANSATZ 19. ORGELBAU 20. STAUEN 21. NARR 23. SBB 24. ES 25. NEPAL 26. RNA 27. MUECKE 28. PET engl. Haustier 29. ABENDLAND 30. URLAUB 31. KARIBIK 34. DUELL 35. Alfred ADLER 36. Gottfried KELLER 37. Gigi OERI 38. Alain PROST 39. NIEREN 40. RICKE 41. ARZT

Senkrecht: 1. TRANSPARENT 2. ATP TURNIER 3. BETONMAUER 4. STEG 5. SAAL 6. GETUE 7. TRAPEZAKT 8. INSTABIL 9. BOZEN Bolzen 10. Friedrich HEBBEL Johann Peter Hebel 11. REISEBETT 13. SAALE 14. RONALDO 15. BRAUNER 16. HERCULE 17. LABRADOR 22. … ehr- und REDLICH duss 23. SKRUPEL 28. PULS 32. BLEI im A… 33. KREN 35. ARA Aar

Je 2 Eintrittskarten für die Ausstellung «Earth Beats» im Kunsthaus Zürich (Okt.21 bis Feb.22) gewonnen haben:
Alois Iten, Grüningen / Gret Rüegg, Wetzikon.

www.kunsthaus.ch

KREUZWORTRÄTSEL

Lösungswort:

_ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _

Zu gewinnen gibt es:
1 DVD von Pawo Choyning Dorjis Film «Lunana» aus Buthan.

www.trigon-film.org

Einsendeschluss: Dienstag, 7. September 2021

Name / Vorname

Strasse / Postfach

PLZ / Ort

P.S. Verlag, Hohlstrasse 216, 8004 Zürich,
aboservice@pszeitung.ch
Über die Verlosung wird keine Korrespondenz geführt.
P.S.-MitarbeiterInnen sind von der Teilnahme ausgeschlossen.

P.S.

pszeitung.ch/abo

Nicht o.k.

Vieles erscheint in diesen Tagen wie ein Déja-vu, wie auch die Politikphilosophin Katja Gentinetta in der ‹NZZ am Sonntag› schreibt. Wie im vergangenen Herbst steigen die Fallzahlen, der R-Wert, die ersten Warnungen aus den Spitälern sind zu hören. Was sich auch ähnelt, ist die Debatte: Wieder wird um Freiheit gestritten, um Eigenverantwortung, um Freiwilligkeit. Der Unterschied zum letzten Jahr: die Impfung.

Die Impfung ist selbstverständlich kein Wundermittel, aber es zeigt sich, dass sie das Risiko einer Ansteckung und eines schweren Verlaufs minimiert. Dennoch sehen wir in der Schweiz, aber auch anderswo eine verbreitete Skepsis der Impfung gegenüber. Dies ist nicht ein ganz neues Phänomen. Auch in Zusammenhang mit der Impfung gegen Kinderkrankheiten hat es in der Vergangenheit immer wieder Diskussionen gegeben. Mit der niedrigen Impfquote flammt auch wieder die Debatte rund um eine Impfpflicht auf, ebenso heiss diskutiert wird der Anwendungsbereich des Covid-Zertifikats.

Ich will hier nicht auch noch über das Wesen der Freiheit philosophieren. Sondern versuchen zu ergründen, was mich selbst umtreibt: Wie lässt sich die Impfquote effektiv erhöhen? Was funktioniert eigentlich? Und was nicht? Oder wie es ein Delegierter an der SVP-Delegiertenversammlung vom vergangenen Samstag formulierte: Könnten wir schwere Krankheiten wie Polio oder Pocken heute überhaupt noch effektiv bekämpfen?

Ein Zwang, eine Impfpflicht sei kontraproduktiv, heisst es. In der ‹NZZ am Sonntag› vom Mai 2019 – also noch vor Corona – erschien ein Artikel über die Frage des Impfobligatoriums für Kinderkrankheiten. Ein von der europäischen Union finanziertes Studienprojekt ist zum Schluss gekommen, dass es keinen Zusammenhang gebe zwischen obligatorischer Impfung und Impfraten. In den skandinavischen Ländern sei die Impfquote sehr hoch, obwohl es kein Obligatorium gebe, in Lettland sei die Impfquote trotz Pflicht nicht höher als in den anderen baltischen Staaten, die kein Obligatorium kennten. Informationskampagnen seien effektiver als eine Impfpflicht.

Mittlerweile sind wir allerdings in einer Situation, wo die Impfquote gegen Covid wesentlich tiefer liegt als jene bei den Kinderkrankheiten. Die Zahlen sind zwar nach den Ferien wieder angestiegen, aber noch immer ungenügend. Erst 50 Prozent sind zweimal geimpft, 56 Prozent haben eine Impfdose erhalten.

In den umliegenden Ländern wird derweil die Zertifikatspflicht ausgedehnt. Davon will die Schweiz noch nichts wissen. Die Ankündigung des französischen Präsidenten Emmanuel Macron zur Ausweitung der Zertifikatspflicht sowie für ein Impfobligatorium für Angestellte im Gesundheitswesen sorgte für Protest, aber auch für rekordhohe Impfanmeldungen. In den fünf Tagen nach seiner Ankündigung meldeten sich 3,5 Millionen Menschen für eine Impfung an. Die Schraube anzuziehen hat also eine Wirkung, aber tatsächlich auch gewisse Nebenwirkungen.

Tatsächlich muss die Impfkampagne mit zwei wesentlichen Problemen kämpfen. Zum einen wird die Impfung immer mehr zu einer politischen Frage. Die SVP fährt hier eine doppelte Strategie. Mit ihrem Nein zum Covid-Gesetz, mit ihrem Widerstand gegen das Covid-Zertifikat und dem Wettern gegen eine sogenannte «Impf-Apartheid» (SVP-Nationalrat Marcel Dettling) versucht sie, sich als Partei der ImpfkritikerInnen zu positionieren. Gleichzeitig versucht sie, die Überlastung der Spitäler den AusländerInnen in die Schuhe zu schieben. Tatsächlich gibt es laut ‹NZZ am Sonntag› Hinweise darauf, dass bei den jetzt Hospitalisierten viele FerienrückkehrerInnen mit Migrationshintergrund zu finden sind. Das ändert nichts an der Tatsache, dass unter SVP-WählerInnen die Impfabsicht am geringsten ist. Es ist also davon auszugehen, dass auch jene bald die Spitalbetten füllen könnten. In den USA, wo sich der politische Impfgraben klar zeigt, kann dies derzeit beobachtet werden. Dass diese Strategie erhebliche Risiken hat, musste auch Regierungsrätin Natalie Rickli erleben, als sie von einem Impfgegner angegriffen wurde.

Zum zweiten können sich heute Desinformationskampagnen von ImpfskeptikerInnen dank den sozialen Medien ideal verbreiten. Wer sich von Dr. Google, Professor Youtube oder Pflegerin Facebook informiert, landet schnell bei dubiosen Quellen. Das amerikanische Pendant zur schweizerischen Wissenschafts-Taskforce hat in einer grossen Befragung festgestellt, dass die Impfquoten bei jenen Personen, die sich hauptsächlich über Facebook informieren, signifikant tiefer sind. Sogar tiefer als jene, die sich nur über den rechten TV-Sender Fox informieren. Erschwerend dazu kommt, dass das Vertrauen in Medien oder in Behörden generell abnimmt.

Was tun also? Dazu gibt es erstaunlich wenig Berichterstattung. Die internationale Impfallianz Gavi (ja, da ist Bill Gates beteiligt …) meint, dass es vor allem gilt, den Zugang zu erleichtern und Barrieren abzubauen. Zum zweiten sei es nicht zielführend, ImpfgegnerInnen überzeugen zu wollen. Diese würden gerade auf Faktenchecks eher allergisch reagieren. Es sei sinnvoller, allgemein den Informationsstand und die Resilienz gegenüber Falschinformationen zu erhöhen. Wichtig sei auch, Impfung als soziale Norm und als effektives Mittel zur Bekämpfung von Krankheiten darzustellen. Der glaubwürdigste Absender für diese Botschaft sei das Gesundheitspersonal. Zu guter Letzt soll mehr dazu geforscht werden, welche Massnahmen funktionieren.

Das klingt alles relativ banal und doch scheint es, dass es bei der schweizerischen Impfkampagne noch Luft nach oben hat. Der Kanton Solothurn hat beispielsweise in elf Gemeinden alle AnwohnerInnen angeschrieben, sie sollen sich zur Impfung anmelden, und dabei gute Rückmeldungen erhalten. Auch klar scheint mir, dass das Gesundheitspersonal glaubwürdigere BotschafterInnen sind als Bundesbeamte oder PolitikerInnen.

Was mir aber vor allem fehlt, ist dass die Impfung als Norm und nicht als Akt der Freiwilligkeit dargestellt wird. Ich bin o.k., du bist o.k., ist nicht die Botschaft, die wir vermitteln sollten, selbst wenn man gegen ein Impfobligatorium ist. Natürlich hat man in einer freien Gesellschaft auch das Recht, sich selbstschädigend zu verhalten. Aber man muss es nicht adeln. Erschwerend hinzu kommt, dass man mit der Nichtimpfung eben nicht nur sich selber schadet, sondern potenziell all jenen, die sich tatsächlich nicht impfen lassen können. Nicht o.k., eben.

Min Li Marti

Neue Verfassung für Winterthur?

Am 26. September stimmen die WinterthurerInnen über ihre neue Gemeindeordnung ab. Neben der umstrittenen Schulbehördenreorganisation enthält sie auch marginale Erhöhungen der Finanzkompetenzen. Auch der Jugend- und AusländerInnenvorstoss findet seinen Weg in die neue Winterthurer Verfassung.

Natali Abou Najem

Mit der Inkraftsetzung des neuen Gemeindegesetzes werden für alle Gemeindeordnungen im Kanton bis Ende Jahr Anpassungen fällig. Deshalb wurde auch die Gemeindeordnung in Winterthur totalrevidiert. Vorbereitet wurde die Revision durch eine Spezialkommission unter Einbezug der Öffentlichkeit. Jetzt wird sie der Stimmbevölkerung vorgelegt.

Kontroverse Professionalisierung der Schulbehörde

Die kontrovers diskutierte Straffung und Professionalisierung der Schulbehörde bildet den Schwerpunkt dieser Vorlage. Neu soll eine einzige zentrale Schulpflege anstelle der bisherigen vier für die Schulkreise zuständig sein. An der Medienkonferenz zur Vorstellung der Vorlage am Dienstag präsentierte der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Jürg Altwegg (Grüne) die Ziele dieser Änderung: Stärkung der obersten Schulbehörde, Schaffung klarer Führungslinien und Beseitigung bestehender Kompetenzunklarheiten.

Damit die Individualität der einzelnen Schuleinheiten gestärkt werden kann, wird zudem je eine neue operative Leitung eingesetzt, die anstelle der bisherigen vier Schulpflegekreise tritt. Laut Altwegg standen im Zentrum der Neuerungen die Bedürfnisse der SchülerInnen und ihrer Eltern. GegnerInnen der Reform finden sich vor allem aufseiten der SVP und der Mitte, die eine Entfremdung des Schulwesens zur Bevölkerung befürchten.

Auch die Änderung der Finanzkompetenzen sorgte schon für Kritik. Die vom Stadtrat präsentierten und zuletzt im Grossen Gemeinderat angenommenen marginalen Erhöhungen sind in der Vorlage zu finden. Die einzelnen Erhöhungen der Beträge der Anlagegeschäfte haben keine Auswirkungen auf die Steuerpflichtigen, sondern wirken direkt auf die Kompetenzen des verfügbaren Finanzvermögens der Stadt Winterthur. Neu erhalten der Stadtrat und die Schulpflege die Kompetenz zur Bewilligung neuer Ausgaben. Auch die Ausgabenkompetenzen des Parlaments steigen. Das führt dazu, dass es künftig zu weniger Abstimmungen in der Stadt Winterthur kommen wird.

Gemäss Finanzvorsteher Kaspar Bopp (SP) ist das neue Kreditrecht zeitgemäss und ausgewogen, das habe ein schweizweiter Städtevergleich der Spezialkommission in Zusammenarbeit mit der Universität Bern gezeigt. Bopp zitiert die Stellungsname der Universität Bern, wonach das neue Kreditrecht im mittleren und unteren Feld liege.

Mehr Mitsprache für Jugendliche und AusländerInnen

Die neue Gemeindeordnung ermöglicht zudem einen Jugendvorstoss, der es Jugendlichen ab 12 Jahren mit Wohnsitz in Winterthur bis zum Erreichen des Stimmrechtsalters möglich macht, in der Politik mitzureden. Ein Vorstoss wird vom Stadtparlament wie ein Postulat behandelt und verlangt eine Stellungnahme seitens des Stadtparlaments. Diese Vorstossmöglichkeit wird neu auch AusländerInnen ermöglicht, die seit mindestens zwei Jahren in Winterthur wohnhaft sind.

Neue Kommissionen sollen den Stadtrat entlasten

Weitere Änderungen, die aus der Vorlage zu entnehmen sind, betreffen die Kommissionen. Nebst der bereits vorhandenen Möglichkeit, beratende Kommissionen einzusetzen, sind in der neuen Gemeindeordnung auch eigenständige Kommissionen vorgesehen. Die Schulpflege- und Sozialhilfebehörde sind neu als eigenständige Kommissionen vorgesehen, die an Stelle des Stadtrats handeln können. Zusätzlich sind sogenannte unterstellte Kommissionen in der neuen Gemeindeordnung geplant, die unter der Aufsicht des Stadtrats stehen. Die beiden neuen Funktionen haben das Ziel, den Stadtrat zu entlasten, wie dies der Rechtskonsulent Marcel Wendelspiess an der Medienkonferenz mitteilte.

Der Stadtrat ist laut eigenen Aussagen zwar nicht mit allen Änderungen glücklich, verzichtet jedoch auf seinen ursprünglichen Vorschlag, da es sich laut Stadtpräsident Michael Künzle (die Mitte) um ein Kompromisswerk handelt. Das Ja-Komitee zur Gemeindeordnung besteht aus SP, GLP, Grünen, FDP und EVP.

CARTOON BY ROMAN PRELICZ

Yassine

Ich habe Yassine (Name geändert) vor gut acht Jahren kennen gelernt. Er ist in Kabul Chefarzt einer Einheit die Verbrennungen an Kindern behandelt. Über Interburns (interburns.org) und den ECPB (ecpb.info) ist er in unserem Krankenhaus aufgetaucht. Er war mehrfach bei uns in der Schweiz und hat von unseren ChirurgInnen gelernt. Auch hat er uns mehrfach an verschiedene europäische Kongresse begleitet – dorthin, wo es halt wegen seiner Herkunft möglich war. Für die USA beispielsweise hatte er keine Chance auf ein Visum.

Auch wir wollten vor Ort Hilfe leisten, haben zusammen mit Interburns ein multidisziplinäres Team aufgestellt und geschult, um dort Trainings zu absolvieren. Die politischen Begebenheiten haben es aber nie zugelassen – auch nicht, als wir die Trainings von aus Indien anbieten wollten. Nur unser Chefarzt durfte einmal in das Land reisen und sich ein Bild von Yassines Arbeit in Afghanistan machen. Die Berichte von ihm und auch von Yassine an all den Kongressen zeigten beispielhaft die Armut und die Zerrüttung des Landes schon vor der jetzigen Übernahme der Taliban.

Inzwischen sind die politischen Zustände eskaliert. Erschütternde Bilder und Nachrichten von chaotischen Zuständen, riesigen Fluchtströmen und verzweifelten Menschen gehen wieder einmal um die Welt. Sie machen uns betroffen und ohnmächtig. Aber gerade letzteres sollten wir nicht zulassen. Wir müssen weiter konsequent alles in unserer Macht stehende fordern, was helfen könnte – auch wenn in nur kleinen Schritten. Unsere humanitäre Hilfe vor Ort in Afghanistan und in den Nachbarländern muss ausgebaut werden. Die AfghanInnen in der Schweiz brauchen entgegengesetzt dem aktuellen Asylgesetz, in dem Bürgerkriege nicht als Asylgrund angesehen werden, dringend einen sicheren Schutzstatus. Als erster kleiner Schritt sollen ihre Familienangehörigen, die noch in Afghanistan sind, zu uns geführt werden. Als weiterer grösserer Schritt sollen die Resettlement-Kontigente erhöht werden. Viele Gemeinden – auch die Stadt Zürich – sind bereit, Menschen in Not aufzunehmen. Wir haben genug Ressourcen. Und das Elend der gefährlichen Fluchtwege muss endlich durchbrochen werden. Kein Mensch verlässt freiwillig in einer solchen Not seine Heimat. Aber der Bund sieht weiterhin keinen dringenden Handlungsbedarf.

Yassine hat sich trotz all den Bemühungen unsererseits, das Land zu verlassen, entschieden, in Kabul zu bleiben, sich weiter um seine PatientInnen zu kümmern. Seine Frau verlässt das Haus nicht mehr. Er schreibt ab und zu Nachrichten von den noch schwierigeren Arbeitsverhältnissen, dass sich nur noch Hilfspersonal um die Verbandswechsel kümmern kann, weil keine Pflegenden mehr vor Ort sind. Von Schüssen, die ihn auf seinem inzwischen sehr beschwerlichen Arbeitsweg begleiten. Auf Facebook hat er all seinen Brüdern und Schwestern auf der Flucht, begleitet von berührenden Fotos, alles Gute gewünscht. Der Post ist inzwischen gelöscht worden.

Liv Mahrer

Schritt für Schritt vorwärts

Die Sommerferien sind vorbei. Es steht uns politisch nun eine kurze, aber intensive Zeit bevor. In einem halben Jahr, Anfang Februar, sind die Erneuerungswahlen für Stadtrat und Gemeinderat. Zuvor kommen Ende November wichtige Vorlagen in Stadt und Kanton Zürich zur Abstimmung: Richtplan Verkehr und Landschaft, Energiegesetz – beide Male geht es direkt oder indirekt ums Klima, und auch bei der «Besonnungsinitative» im September kann man mit einem Ja etwas fürs Klima tun.

Den Zeichen des Klimawandels bin ich auch im Sommer mehrmals begegnet. Kurz vor Beginn der Ferien wurde Zürich vom Sturm Bernd überrascht: Hagel, unglaubliche Bilder, Bäume, die einfach am Boden lagen, ganze Waldstücke, die entwurzelt wurden. Die Wucht des Sturms war enorm, und vermutlich war es nur Glück, dass der Sturm während der Nacht über Zürich gezogen ist, und nicht tagsüber. Auch jetzt sind noch viele Orte nicht ‹aufgeräumt› und Wege im Wald gesperrt. Ein Zeichen des Klimawandels sind vermehrte extreme Wetterlagen, wir werden künftig mehr mit solchen Stürmen leben müssen. Bald nach dem Sturm folgte die grosse Hitze, in der Schweiz nicht ganz so extrem wie an anderen Orten – auch das ein Wetterextrem, das ich noch nie erlebt habe.

Gegen Ende der Ferien verbrachte ich einige Tage im Wallis. Wir besuchten das Aletschgebiet – da war ich auch schon in früheren Jahren. Am grössten Gletscher der Alpen, dem Aletschgletscher, geht der Klimawandel nicht spurlos vorbei. Ich weiss, wie gross der Gletscher noch vor ein paar Jahren war. Wie er sich verändert hat, ist erschreckend. Ein kleines Beispiel: Wenn auf dem Wegweiser steht, «zum Gletscher 5 Minuten», so sind es heute schon rund 15 Minuten. Ebenfalls auffällig waren die vielen gesperrten Wanderwege, meist wegen Steinschlaggefahr. Der Permafrost taut auf und hält die Felswände und Schutthalden nicht mehr richtig zusammen – so werden darunter liegende Wege und Gebiete gefährdet, weil die Steine ins Tal fallen können. In der Schweiz sind wir stark vom Klimawandel betroffen, auch wenn wir keine direkte Angst vor dem steigenden Meeresspiegel haben müssen.

Eigentlich ist es schon zu spät, um wirksam gegen die Erwärmung und gegen den Klimawandel vorzugehen. Auch wenn wir sofort handeln würden – der Klimawandel ist kaum mehr umkehrbar. Wir schaffen es als Gesellschaft nicht, von einem Tag auf den anderen den Hebel umzulegen. Dazu fehlen der Wille, die Einsicht und die politischen Mehrheiten, die es dazu brauchen würde. Wir können aber alle Schritt für Schritt vorwärts machen, persönlich, und indem wir uns für gute Lösungen einsetzen. Ein Kollege von mir hat kürzlich mitgeteilt, dass er sich ab sofort vegetarisch ernähre – wegen dem Klimawandel. Es gibt noch viele andere Möglichkeiten. Eine davon habe ich zu Beginn erwähnt: Im November richtig abstimmen, und im Februar die richtigen Menschen wählen, denen wir zutrauen, die Stadt Zürich zu einer vorbildlichen Klimastadt umzubauen.

Felix Moser

Niederschwellige Angebote für ein nachhaltiges Leben

Der Begriff Kreislaufwirtschaft hat sich im Diskurs über Nachhaltigkeit etabliert. Die Jungen Grünen haben dazu im Kanton Zürich eine Initiative lanciert. Was ihre Anliegen sind und was das Ziel einer Kreislaufwirtschaft ist, erklärt Gemeinderätin Selina Walgis im Gespräch mit Roxane Steiger.

Kreislaufwirtschaft ist ein Schlagwort und Kernbestandteil zahlreicher Klimastrategien. Was soll man sich genau darunter vorstellen?

Selina Walgis: Möglichst alles was wir zum Konsumieren und zum Leben brauchen, sollte möglichst lange gebraucht und wieder verwendet werden können – sei es in derselben oder in einer recycelten Form. Auf diese Weise sollen innerhalb des Wirtschaftskreislaufes möglichst wenige Ressourcen verbraucht und Verschwendung vermieden werden.

Können Sie mir das anhand eines konkreten Beispiels aufzeigen?

Foodwaste ist ein bekanntes und relevantes Beispiel. Jedes dritte Lebensmittel landet heute im Abfall. Diese Lebensmittel gehen zwischen Feld und Teller verloren oder werden verschwendet. Das muss sich dringend ändern, vor allem der Umwelt zuliebe.

Was macht der Kanton Zürich heute im Bereich Kreislaufwirtschaft?

Es gibt verschiedene Bereiche, bei denen es schon gut läuft. Gewisse Bereiche, wie das Plastikrecycling, hängen stark von den einzelnen Gemeinden ab. Einige sind darin bereits sehr gut aufgestellt, andere noch gar nicht – kantonal gesehen hinken wir beim Plastikrecycling hinterher. Was gut klappt, ist die Phosphorrückgewinnung aus Klärschlamm, dem Abfall aus der Behandlung von Abwasser in Kläranlagen. Phosphor ist ein Hauptbestandteil von Düngemitteln. So könnte die Schweiz ihren Bedarf an Phosphor mit Recycling-Dünger aus Klärschlamm decken. Ein weiteres Beispiel ist die fachgerechte Entsorgung von Metall. In den Kehrichtsverwertungsanlagen kann es zurückgewonnen und wiederverwendet werden. Auch im Baubereich wird bereits vieles richtig gemacht: 81 Prozent des Bauabfalls wird recycelt.

Gibt es Bereiche, in denen man mehr tun könnte?

Meiner Meinung nach handelt es sich in erster Linie um ein Sensibilisierungsthema der Bevölkerung. Zum einen muss eine Sensibilisierung bei der Abfallentsorgung stattfinden, andererseits aber auch auf der Konsumebene. Bei Verschwendung im Bereich der Ernährung geht es nicht nur um Foodwaste, sondern im weiteren Sinne auch darum, dass man

Selina Walgis, Gemeinderätin, Zürich. zVg

sich schon beim Einkaufen überlegen sollte, ob es mehr Sinn macht, tierische oder pflanzliche Produkte zu kaufen. Es geht bei diesen Überlegungen also nicht nur beim Wegschmeissen um Ressourcenverbrauch, welcher bei pflanzlichen Lebensmitteln deutlich tiefer ist, sondern auch beim Einkauf. Dasselbe gilt z.B. auch bei Kleidung. Die Bevölkerung muss so sensibilisiert werden, dass man sich auch beim Kauf Gedanken macht und abwägt, ob man etwas braucht, wie oft und wie lange es hält. Die Politik ist gefragt, die Rahmenbedingungen so anzupassen, damit es einfacher und günstiger ist, zum Beispiel Bücher oder Möbel, die man nicht mehr braucht, ins Brockenhaus zu bringen, anstatt sie wegzuschmeissen. Es muss durch günstige, niederschwellige Angebote, wie zum Beispiel Repair Cafés, einfacher gemacht werden, nachhaltig zu leben.

«Es muss durch günstige, niederschwellige Angebote, wie zum Beispiel Repair Cafés, einfacher gemacht werden, nachhaltig zu leben.»

Selina Walgis, Gemeinderätin Grüne

Aus diesem Grund haben die Jungen Grünen im Jahr 2019 die «Kreislauf-Initiative» lanciert. Sie fordert die Verringerung, Wiederverwendung und Wiederverwertung von Abfall sowie die Schliessung von Stoffkreisläufen. Der Regierungsrat empfiehlt sie zur Ablehnung, hat aber einen Gegenvorschlag erarbeitet. Die Initiative sei zu «eng» gefasst, da sie sich nur auf den Konsum bezieht. Wie sieht Ihr Ansatz konkret aus?

Grundsätzlich finden wir es gut, dass dieser Gegenvorschlag erarbeitet wurde. Es zeigt, dass der Regierungsrat unser Anliegen ernst genommen hat und ebenfalls sieht, dass sich etwas tun muss. Wir sind uns einig: Die Kreislaufwirtschaft soll in die Verfassung geschrieben werden. Allerdings gehen unsere Meinungen beim Punkt, was genau in der Verfassung stehen soll, etwas auseinander.

Weshalb?

Mit unserer Initiative setzen wir bewusst einen Fokus auf den Konsum. Wir haben den Begriff Konsum im Initiativtext drin. Im Gegenvorschlag ist von Konsum aber keine Rede. In diesem Sinne ist der Gegenvorschlag weniger umfassend als unsere Initiative, da durch den Konsum ein riesiger Bereich unserer verbrauchten Ressourcen gesteuert wird. Was ebenfalls fehlt, ist der Aspekt des Mikroplastiks, also Fremdstoffeinträge in die Umwelt. Da wird unseres Erachtens nach noch viel zu wenig hingeschaut. Es wäre uns ein grosses Anliegen, dass diese zwei Punkte vom Kantonsrat noch in den Gegenvorschlag aufgenommen werden.

Würdet ihr dann eure Initiative zurückziehen?

Wir überlegen noch, ob wir die Initiative bei Eintreten des definitiven Gegenvorschlags zurückziehen würden. Aktuell befindet sich der Gegenvorschlag beim Kantonsrat in Beratung. Wenn der definitive Gegenvorschlag steht, können wir uns definitiv entscheiden. Wir haben die Initiative der zuständigen Kommission im Kantonsrat präsentiert und unsere Anliegen bezüglich des Gegenvorschlags verdeutlicht.

Was ist euch dabei ein besonderes Anliegen?

Ein besonders spannender und wichtiger Punkt sind die Fremdstoffeinträge, die mit der Mikroplastikproblematik zusammenhängen. Der grösste Teil dieses Mikroplastiks entsteht durch die Abreibung von Autoreifen auf der Strasse. Dort hat man noch keine Lösung gefunden, damit das Regenwasser, das diese Reifenbestandteile enthält, nicht direkt in den Gewässern landet, sondern vorher gereinigt wird. Dieses Beispiel steht stellvertretend für weitere Beispiele, bei denen man genauer hinschauen und handeln müsste, bevor es zu spät ist.

Ganzheitlicher Ansatz für die Schonung natürlicher Ressourcen

Der Begriff Kreislaufwirtschaft hat sich im Diskurs über Nachhaltigkeit etabliert. Im Gespräch mit Roxane Steiger erklärt Regierungsrat Martin Neukom, was der Kanton Zürich in diesem Bereich bereits macht und was sein Gegenvorschlag zur Initiative der Jungen Grünen vorsieht.

Kreislaufwirtschaft ist ein Schlagwort und Kernbestandteil zahlreicher Klimastrategien. Was soll man sich darunter vorstellen?

Heute kennen wir zwar das Recycling, also das Trennen und Wiederaufbereiten von Abfällen. Eine Kreislaufwirtschaft ist aber mehr als nur das. In einer perfekten Kreislaufwirtschaft gibt es keinen Abfall mehr, der verbrannt und deponiert wird. Alle Stoffe werden immer wieder genutzt für neue Produkte. Oder die Produkte bestehen aus nachwachsenden Ressourcen, sind also Teil eines natürlichen Kreislaufs.

Das ist einfach gesagt, aber natürlich enorm anspruchsvoll in der Umsetzung. Kreislaufwirtschaft bedeutet, dass Produkte länger gebraucht werden, weil sie dauerhafter gebaut sind und repariert werden können. Sie bedeutet, weniger Material im Kreislauf zu führen, dank Produkten, die weniger Rohstoffe benötigen und indem wir die Produkte teilen, statt sie zu besitzen. Sie bedeutet, am Ende der Lebensdauer Produkte vollständig zu rezyklieren. Das alles spart Rohstoffe für kommende Generationen. Und es reduziert die grosse Belastung von Umwelt und Klima beim Abbau, der Verwendung und Verwertung der Rohstoffe.

Was macht der Kanton Zürich heute in diesem Bereich?

Jede Zürcherin und jeder Zürcher produziert pro Jahr knapp drei Tonnen Abfall. Wir sind Weltmeister bei der Abfallproduktion, aber auch beim Recycling. Kürzlich habe ich eine Vereinbarung mit den Plastikentsorgern unterschrieben, um ökologisch sinnvolle Separatsammlungen von Plastik im Kanton Zürich zu fördern. Doch nur etwa ein Viertel des Abfalls kommt aus den Haushalten. Der grösste Teil ist Bauabfall, der in der allgemeinen Diskussion häufig vergessen wird. Der Kanton Zürich hat unter dem Begriff «Urban Mining» schon gute Erfolge erzielt beim Aufbereiten von Bauabfällen zu neuen Baustoffen. Dennoch: Von den knapp drei Tonnen Abfall pro Kopf werden nur rund zwei Tonnen rezykliert. Immer noch rund eine halbe Tonne landet in der Kehrichtverwertungsanlage und nochmals eine halbe Tonne landet direkt auf einer Deponie. Es ist mein Ziel, dank der konsequenten Schliessung von Stoffkreisläufen immer weniger Material auf Deponien abzulagern.

Regierungsrat Martin Neukom. zVg

Die Jungen Grünen haben im Jahr 2019 die Kreislauf-Initiative lanciert. Der Regierungsrat empfiehlt sie zur Ablehnung, hat aber einen Gegenvorschlag erarbeitet. Die Initiative sei zu «eng» gefasst, da sie sich nur auf den Konsum bezieht. Wie sieht Ihr Ansatz konkret aus?

Die InitiantInnen hatten den Güselsack, also den Haushaltabfall im Kopf. Er ist aber nur ein kleiner Teil des gesamten Abfalls. Der Regierungsrat ist mit mir einig: Es ist ein ganzheitlicher Ansatz erforderlich, um natürliche Ressourcen wirksam zu schonen. Er hat dort anzusetzen, wo das Kosten-Nutzen-Verhältnis am besten ist. Das heisst primär, dass auch die Bauabfälle berücksichtigt sind, die den grössten Anteil des Abfalls ausmachen. Das gibt es wohl selten, dass ein Gegenvorschlag den Anliegen der Initianten noch besser gerecht wird als die Initiative selbst …

«Das gibt es wohl selten, dass ein Gegenvorschlag den Anliegen der Initianten noch besser gerecht wird als die Initiative selbst …»

Martin Neukom, Regierungsrat

Wie soll eine Kreislaufwirtschaft umgesetzt werden?

Es braucht eine Kombination von ganz unterschiedlichen Massnahmen auf unterschiedlichen Ebenen. Einerseits sind Vorgaben denkbar, etwa Verwertungsquoten oder ein Deponieverbot für rezyklierbare Materialien, andererseits die finanzielle Unterstützung von innovativen Technologien oder auch Massnahmen im Kleinen. Im Kanton Bern muss zum Beispiel an grossen, öffentlichen Veranstaltungen Mehrweggeschirr verwendet werden. Auch das ist denkbar. Aber es handelt sich ja um eine Verfassungsänderung. Die geht noch nicht in die Details.

Die Jungen Grünen kritisieren, dass der Begriff Konsum im Gegenvorschlag gestrichen und der Aspekt der Verminderung des Fremdstoffeintrags in die Umwelt nicht berücksichtigt wurde. Wieso sind diese Aspekte nicht im Gegenvorschlag vorgesehen?

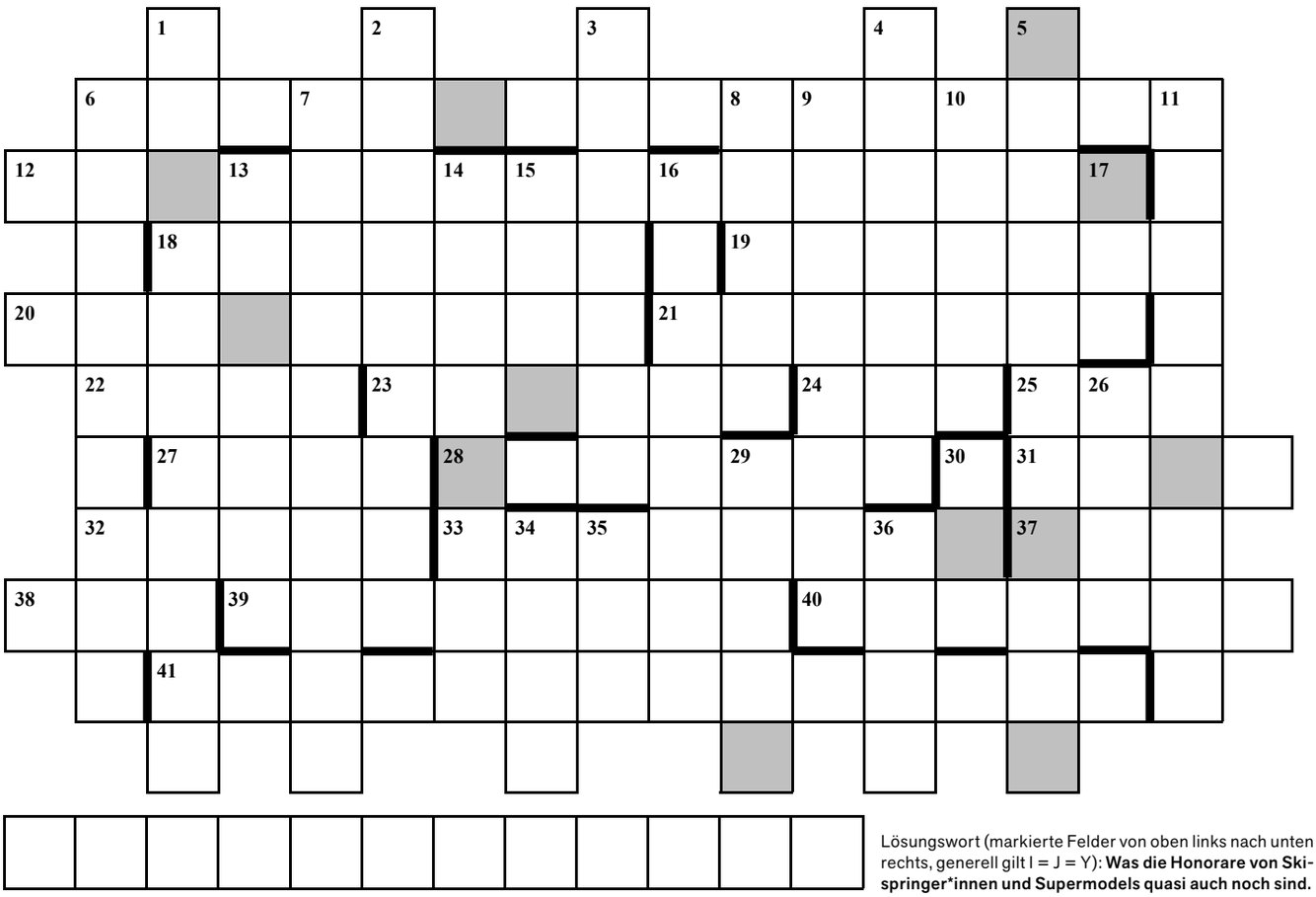
Zuerst zum Konsum: Dieser Aspekt ist im Gegenvorschlag immer noch enthalten. Das ist nur eine Frage der Formulierung. Im Text des Gegenvorschlages ist die Rede vom «Schliessen der Stoffkreisläufe», dem «schonenden Umgang mit Rohstoffen, Materialien und Gütern» und der «Vermeidung von Abfällen». Diese Formulierung haben wir gewählt, weil sie nicht nur Konsum beinhaltet, sondern allen Abfall, inklusive Abfall von Unternehmen und dem Bau.

Zum Thema Fremdstoffeintrag: Die Initiative will verhindern, dass Stoffe in die Umwelt gelangen. Dieses Umweltschutzanliegen teile ich voll und ganz. Es steht jedoch bereits in der Kantonsverfassung, im Artikel 102. Wir müssen es nicht nochmals wiederholen. Im neuen Artikel 106a geht es um Ressourcenschonung. Das fehlt bisher in der Verfassung.

Was sind die nächsten Schritte in Richtung Kreislaufwirtschaft für den Kanton Zürich?

Der nächste Meilenstein ist die Volksabstimmung über die Kreislauf-Initiative respektive den Gegenvorschlag. Ein Ja der ZürcherInnen wird der Kreislaufwirtschaft im Kanton Zürich viel Schub geben. Der Gegenvorschlag des Regierungsrats beauftragt Kanton und Gemeinden, verstärkt für die Schliessung von Stoffkreisläufen und den schonenden Umgang mit Rohstoffen, Materialien und Gütern zu sorgen. Das ist nicht nur eine ökologische Frage, sondern auch eine ökonomische. Weltweit werden Kreislauftechnologien immer gefragter. Wenn wir als Kanton Zürich hier vorne mit dabei sind, können wir solche Technologien auch exportieren. Ich bin zuversichtlich, dass wir eine Mehrheit der Bevölkerung vom neuen Verfassungsartikel überzeugen können.

Wie heisst das Wort des Propheten am bündnerischen Himmel?



Lösungswort (markierte Felder von oben links nach unten rechts, generell gilt I = J = Y): **Was die Honorare von Skispringer*innen und Supermodels quasi auch noch sind.**

Waagrecht:

6. War schon dem einig Volk von Brüdern Inbegriff von Freiheit, könnte man (mit Pandemieerfahrung) meinen. 12. Welcher schon mal – Stichwort China beispielsweise – hehre Prinzipien geopfert werden. 18. Der am Anfang seiner traurigen Geschichte unter dem Alias – leicht zu durchschauen – Tantris auftrat. 19. So zu sein: quasi ein Schwimmen mit dem Strom. 20. Mit Karten o.k., das man mit Gefühlen aber nicht treiben sollte. 21. Häufig gesehen im Tauchferienkatalog. 22. Ein Ausdruck von Ameisenfleiss, sozusagen. 23. Oftmals die Folge von Klopfgeräuschen. 24. Der Inselbewohner Ozeaniens wär in der Ägäis gleich eine ganze Insel. 25. Wird mit Andreas zum seismischen Risikogebiet. 27. Ist der Prophet im Bundesrat. 28. Vielleicht das Szenenlokal für jene, die weiterkommen wollen im Leben? 31. Unglaublich, falls nicht Sheryl: zählt zu den Singvögeln. 32. Was Engländer*in die Kerzen tut, und das Chicago Outfit die Konkurrenz. 33. Der Zeitgeist sei eine, gegen welche die Schutzimpfung noch ausstehe. 37. Ein in die Jahre gekommener neudeutscher Gassenhauer. 38. Auch schlechter kann teuer werden. 39. Rudolph, ein Mandrill und eine wie Gardi Hutter. 40. Barockes im Dreivierteltakt. 41. Auch einige solche – Stichwort Küsschen etwa – sind der Pandemie (zumindest vorläufig) zum Opfer gefallen.

Den Talon zur Einsendung des Lösungswortes finden Sie auf Seite 8.
Einsendeschluss ist am Dienstag, 7. September um Mitternacht.

Senkrecht:

1. Könnte es auch als 2 senkrecht rührseliger Bewohner*innen missverstanden werden? 2. Wobei es sich paradoxerweise meist um Bergbevölkerung handelt. 3. Sie hätten immer das vorletzte Wort, wird ihnen nachgesagt. 4. Ob damit ein hübscher und freundlicher Märchendrache gemeint sein könnte? 5. Wo vielleicht das kleine Waumalwau im Lehrplan steht? 6. Nicht aus Brehms Tierleben: Weder Hasenfuss noch lahme Ente, die da am Bühnenrand herumwieselt. 7. Partielles Versagen ist, was Pessimist*in ihm entgegenhält 8. Quasi der Gott unter den Metallen. 9. Vielleicht auch, womit Yeti sich den Scheitel zieht? 10. Die Anweisungen des Propheten, zu sehen auch am bündnerischen Himmel. 11. Angeblich was herauskam, als französische Zungen sich an Eidgenosse abmühten, so die Überlieferung. 13. Sie sei auch die Erziehung des inneren Schweinehundes. 14. Der passende Rückzugsort, falls Elba nicht weit genug weg sein sollte. 15. Der als Problemanhang hierzulande jeweils nicht lange überlebt. 16. Als Statussymbol heutzutage eher unter der Haube anzutreffen als auf dem Kopf. 17. Im Wein liege die Wahrheit, er hingegen beflügle die Phantasie. 26. Wofür Sänger*in – wie schon der Name anklingt – mehr als nur ein Bisschen Luft braucht. 29. In Afrika ist damit Staat zu machen, weil etwas zu gross für unser Grossmaul der Nation a.D. 30. Zu wenig bei Klompen, ein Paar muss es schon sein. 34. Der Hotelmitarbeiter steht anderswo quasi auf einem anderen Blatt. 35. Der Titel ihrer Geschichte könnte lauten: In 93 Minuten um die Welt. 36. Nichts geht mehr, etwa in Monte-Carlo, sind sie gemacht.

Parität? Nicht um jeden Preis

Die Kolumne von Andrea Sprecher «Nicht in meinem Namen» (P.S. vom 9.7.21) hat sich für eine paritätische Elternzeit ausgesprochen. Im Folgenden eine Replik der EkdM (Eidgenössische Kommission dini Muetter), einer Gruppierung, die in der Folge des Frauenstreiks entstanden ist.

EkdM

Von verschiedenen Initiativen wird zurzeit ein streng paritätisches Elternzeitmodell propagiert. Wir stellen uns dagegen. Wir tun dies als EKdM, als Vereinigung der Mütter und Kinderbetreuerinnen. Diese Position wird auch von den Frauenstreikkollektiven geteilt. Wir sind nicht per se gegen Parität, gegen gleichviel Zeit für Mütter wie für Väter. Aber wir sind gegen ein Elternzeitmodell, das Parität über alles stellt. Denn für uns gibt es durchaus Unterschiede zwischen gebärendem und nicht gebärendem Elternteil. Die Schweiz kennt keinen Mutterschutz für uns, wenn wir schwanger werden. Wir müssen also so tun, als wäre Schwangerschaft eine Krankheit, wenn wir Beschwerden haben. Läppisch ist auch der Kündigungsschutz für Mütter: Er endet bereits 16 Wochen nach der Geburt. Zu diesem Zeitpunkt kehren ca. 80 Prozent der Mütter noch nicht an den Arbeitsplatz zurück, obwohl der Mutterschaftsurlaub nach 14 Wochen endet. Dieser ‹Urlaub› ist viel zu kurz. Aber trotzdem sind wir nicht bereit, ihn durch Elternzeit zu ersetzen. Frauen vor uns haben den Mutterschaftsurlaub hart erkämpft. Er trägt der Tatsache Rechnung, dass Mütter während Schwangerschaft, Geburt und Stillzeit wichtige und anstrengende Arbeit leisten und dass sie Zeit brauchen, um sich zu erholen und eine Bindung zu ihrem Kind herzustellen.

Anerkennung der Leistung von Müttern

Unsere Forderung nach Anerkennung der Leistungen von Müttern hat mit veralteten Rollenbildern nichts zu tun. Wenn sie es sich leisten können, nehmen die meisten Mütter sich nach dem Mutterschaftsurlaub unbezahlten Urlaub. Wir weigern uns, diesen Frauen zu unterstellen, sie seien falsch sozialisiert, hätten den falschen Partner gewählt oder seien zu wenig progressiv! Mütter sollen möglichst frei entscheiden können, wie sie ihre Säuglinge ernähren wollen. Gleichstellung darf für uns nicht heissen, dass ihnen nahegelegt wird, von Anfang an auf den Schoppen zu setzen oder gleich den Milcheinschuss medikamentös zu unterdrücken. Wir meinen: Ob Schoppen, ob Brust, ob Tablettli – für alles gibt es gute Gründe. Wir respektieren die Entscheidungen der Mütter: Sie brauchen keine Belehrung, was wirklich wichtig für sie wäre (Weiterbildung! Karriere!). Sie brauchen Rahmenbedingungen, die ihnen Wege öffnen. Wenn Mütter sechs Monate, wie von der WHO empfohlen, stillen möchten, dann heisst das, dass sie dafür mehr Zeit brauchen als 16 oder 18 Wochen – und zwar bezahlte Zeit.

Paritätische Elternzeit klingt auf den ersten Blick nice. Mütter und Väter sollen mit gleich langen Spiessen in die Bewerbungsgespräche gehen können. Doch wenn wir Parität über alles stellen, dann stellen wir damit Erwerbstätigkeit über alles. Wir setzen voraus, dass die Karriere für jeden gebärenden und stillenden Elternteil das Wichtigste ist. Dem ist nicht so. Die Bedürfnisse von Nicht-Erwerbstätigen, Selbstständigen mit niedrigem Pensum, Bäuerinnen oder Hausfrauen sollen ebenso zählen wie diejenigen der karrierebewussten Berufstätigen. In dieser Debatte fehlen uns ihre Stimmen. Wir finden es falsch, dass hier Lebensmodelle gegeneinander ausgespielt werden. Ein flexibles Elternzeitmodell wird den unterschiedlichen Lebensmodellen eher gerecht als eine streng paritätische Lösung. Uns fehlen in der Debatte auch die Stimmen von Fachpersonen: von Hebammen, von Betreuerinnen, von Pädagoginnen. Was bedeutet diese oder jene Elternzeit-Lösung für die Kitas? Was für die Kinder? Was bedeutet sie für Alleinerziehende? Was sind die Bedürfnisse von Geringverdienenden?

Wenn wir Parität über alles stellen, dann stellen wir damit Erwerbstätigkeit über alles.

Mutter und Vater sind nicht dasselbe

Und schliesslich haben wir echt ein Problem mit der Argumentation «Mutter = Vater». Was passiert, wenn wir behaupten, Mutterwerden und Vaterwerden sei dasselbe? Spezifische Betroffenheit von Müttern (und auch von Vätern) wird dann unsichtbar. Wir halten das für eine nicht zu Ende gedachte, leichtsinnige Politstrategie, die Frauenarbeit dethematisiert. Sorgearbeit wird nach wie vor insbesondere von Frauen geleistet. Diese Arbeit abzuwerten, hilft niemandem. Je 18 Wochen Elternzeit für gebärende und nicht gebärende Elternteile – o.k., das wäre in der Summe eine Verbesserung. Doch die Bürgerlichen sprechen längst von 14/14. Und die noch Sparbewussteren von 10/10. Wie weit wollen SP und Grüne denn mitgehen? Wenn wir behaupten, Mutterwerden und Vaterwerden sei dasselbe, dann ist plötzlich ein Modell 10/10 o.k., weil insgesamt ist das ja mehr Elternzeit als heute. Nehmen wir einen Abbau bestehender Leistungen in Kauf, um dafür Parität zu erreichen? Wir sagen nein. Nehmen wir in Kauf, dass wir kaum mehr eine bessere vorgeburtliche Absicherung fordern können, wenn wir doch behauptet haben, Mutterwerden und Vaterwerden sei dasselbe? Wir sagen nein. Nehmen wir in Kauf, dass über den Mutterkörper, über die Arbeit, die er leistet und über seine gesundheitlichen Bedürfnisse nicht mehr gesprochen werden kann, weil ständig betont werden muss, dass Väter ja jetzt auch Schnudernasen putzen? Wir sagen nein. Hat die streng paritätische Elternzeit tatsächlich eine bessere Anerkennung der Care-Arbeit zur Folge? Wir bezweifeln das. Wollt ihr damit eine ökonomische Umverteilung von Vätern zu Müttern erreichen? Dann benennt das so, finden wir sympa. Wir plädieren aber eher dafür, dass die Gesellschaft für Sorgearbeit bezahlen soll und eine Umverteilung in Richtung betreuende Eltern und Kitas geschieht. Ihr wollt einen Ausbau für Mütter mit einem paritätischen Äquivalent für Väter? Dann sagt das. Und tut nicht so, als hätte die Behauptung, Mutterwerden und Vaterwerden sei dasselbe, keine schwerwiegenden Folgen für das, was nur Mütter leisten können. Und zwar, weil dann nicht mehr darüber gesprochen werden kann und weil dann keine Forderungen mehr daraus abgeleitet werden können.

Care-Arbeit finden unterdessen alle unheimlich wichtig. Aber wenn Frauen sie leisten, ist das für manche dann doch wieder ein Problem. Linkes Nasenrümpfen gegenüber sorgenden Frauen haben wir satt. Wir wollen uns nicht dafür herabsetzen lassen, dass wir uns gerne kümmern oder gerne bezahlte Care-Arbeit leisten. Zusätzliche Elternzeit ist dringend nötig, sie soll aber nicht den bestehenden Mutterschaftsschutz schwächen. Wir fordern die Anerkennung der körperlichen und geistigen Strapazen während Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett. Wir wollen keine Auszeichnung, wir wollen Zeit und Geld für unsere Arbeit.

Kulturflirt über den Zürichsee

Heute Freitagabend verfällt Thalwil wieder in einen zweiwöchigen Ausnahmezustand: Die 14. Thalwiler Kulturtage mit über 60 Anlässen fangen an. Am grössten derartigen Event im linksufrigen Seebezirk mit von der Partie ist ausnahmsweise auch die Goldküstengemeinde Erlenbach. Und das hat einen durchaus naheliegenden Grund.

Arthur Schäppi

Wie für viele andere Kulturinteressierte aus den Zürcher Agglomerationsgemeinden beginnt auch für die ThalwilerInnen der Kino-, Opern- oder Theaterabend, das Rockkonzert oder die Kunstausstellung oft mit einer kurzen Zug- oder Autofahrt ins nahe Zürich. Gleichwohl aber überrascht die linksufrige Vorortsgemeinde mit einem erstaunlich vitalen und vielseitigen kulturellen Eigenleben. Dazu gehören etwa Kleinkunst-Veranstaltungen im «Kulturraum» oder Jazz-Konzerte im Hotel Sedartis. Oder etwa die Aktion ArtBox einer lokalen Gruppierung, die am Bahnhof zwei ehemalige Zugführerkabinen jeweils Kunstschaffenden aus der Region zur künstlerischen Gestaltung überlässt. Und fester Bestandteil des lokalen Kulturkalenders sind auch Vorführungen des Filmpodiums, Konzerte des Sinfonie-Orchesters Horgen-Thalwil und zudem Bühnendarbietungen des lokalen Laientheaters sowie allerlei weitere Aktivitäten von Vereinen und Künstlern. Alle zwei Jahre aber trumpft Thalwil mit einem ganz speziellen Festival auf: Mit den zweiwöchigen Kulturtagen, dem grössten und vielfältigsten Kulturevent im Bezirk Horgen, der diesmal unter dem Motto «vis-à-vis» steht. Und der jeweils tausende von BesucherInnen anlockt.

Laute und leise Töne, Spektakel und Tiefgründiges, Unterhaltung und Reflexion rund ums Thema vis-à-vis: Die Thalwiler Kulturtage legen los. Illustration: zVg

Wenn Türme kommunizieren

Buchstäblich eingeläutet werden die Kulturtage heute Abend mit einem dialogartigen Glockenspiel zwischen den Türmen der reformierten und der katholischen Kirche. Glanzvoller Abschluss soll dann am 11. September ein seeübergreifendes Volksfest sein. Nach Thalwil eingeladen ist dannzumal insbesondere auch die Bevölkerung von Erlenbach. Und das aus einem thematisch wie geographisch naheliegenden Grund. Die beiden Seedörfer liegen nämlich ganz nach dem Kulturtagemotto «vis-à-vis» und in nur gerade zwei Kilometern Sichtweite voneinander entfernt. Wegen dem See dazwischen aber kennt man sich hüben und drüben dennoch kaum. Inspiriert vom Leitthema der Kulturtage präsentieren Vereine und Kulturschaffende von Erlenbach und Thalwil deshalb zum nachbarschaftlichen Zusammenkommen ein gemeinsames Unterhaltungsprogramm. Im Mittelpunkt steht dabei eine musikalische Liebesgeschichte (Ich han en Schatz am schöne Zürisee) quer über den See, die zeitgleich an beiden Schiffländen beginnt und nach der Überfahrt von Erlenbach in der Seeanlage von Thalwil für das Finale zusammengeführt wird.

Dörfliche Eigenproduktionen

Einheimische und auswärtige Zuschauer- und ZuhörerInnen aber dürfen sich in Thalwil nun während der kommenden beiden Wochen auf einen «bunten Strauss von über 60 Darbietungen aus allen Sparten» freuen, wie Simon Niederhauser, Kulturbeauftragter von Thalwil und Gesamtleiter der Kulturtage, verspricht. Er betont, dass die weitaus meisten Produktionen eigens für die Kulturtage erarbeitet wurden. Und zwar grösstenteils von hunderten von ThalwilerInnen – von Laien und Vereinsmitgliedern wie auch von ortsansässigen KünstlerInnen.

Gegen «Hyperindividualisierung»

Zum kulturellen Epizentrum wird dabei das Pfisterareal unweit der reformierten Kirche. Aber beispielsweise auch die Seeanlage Farb, das Gemeindehaus oder Schulhausplätze laden zum Streifzug durch die unterschiedlichsten Genres. Theaterstücke, Tanzperformances, Konzerte, Lesungen und Installationen stehen genauso auf dem Programm wie etwa Workshops, Filmprojekte oder eine Erzählbar und ein Jassturnier. Mit dem diesjährigen Motto «vis-à-vis», was wörtlich übersetzt «von Angesicht zu Angesicht» heisst, wollen die Veranstalter auf vielfältige Art bewusst machen, was den Kern unserer Beziehungen ausmache, meint Niederhauser: «Nämlich das Einander-zugewandt-Sein und das gegenseitige Interesse füreinander». Damit böten die Kulturtage gerade auch in diesen Pandemiezeiten im übertragenen Sinn wie auch ganz konkret «einen schönen Kontrapunkt zur Hyperindividualisierung unserer Gegenwart».

Für die diesjährige Ausgabe haben die Veranstalter 160 000 Franken budgetiert. Davon übernimmt die Gemeinde 70 000 Franken. Der Rest wird durch Stiftungen, die kantonale Kulturförderung sowie durch Sponsoren gedeckt. Die Kulturtage Thalwil finden unter den geltenden Covid-19-Schutzbestimmungen und entsprechenden Schutzkonzepten statt.

www.kulturtage-thalwil.ch

Ein besonderer Neubau betraut mit normativem Überschuss

Im Zentrum der deutschen Hauptstadt Berlin öffnete diesen Sommer das Humboldt-Forum seine Tore. Ein Essay zu dessen Entstehung, einigen Problematiken sowie dem verbleibenden Potenzial.

Urs Andreas Wickli*

Es war im Palast der Republik, als Udo Lindenberg 1983 sein erstes Konzert in der DDR gab und vom «Sonderzug nach Pankow» sang. Jener Palast der Republik, ein Paradebeispiel moderner sozialistischer Architektur, der von 1976 bis 2006 an zentraler Stelle in Berlin stand, musste freilich einem Neubau weichen, einem Neubau besonderer Art: Aussen die nachrekonstruierte Hülle des Schlosses der preussischen Herrschaftsaristokratie, das dort über Jahrhunderte hinweg gestanden, im Zweiten Weltkrieg markant beschädigt und dann von der DDR in den 1950er-Jahren geschliffen worden war, im Innern zweckrationale Betonarchitektur für den Betrieb des sogenannten Humboldt-Forums.

Beschlossen hatte diesen Neubau der Deutsche Bundestag im Juli 2002, definitiv eröffnet, also nach insgesamt 20 Jahren konzeptueller Vorarbeiten, Planung und Bauphase, wurde das Humboldt-Forum am vergangenen 20. Juli. Covid-19-bedingt war eine online-Eröffnung im Dezember 2020 vorausgegangen, vollständig in Betrieb gehen wird es erst ab September 2021. Dann öffnen auch die umfangreichen Räume der Dauerausstellungen. Das bisherige Publikumsinteresse war riesig.

Von hohen Idealen, Ökonomie und Entscheidungsprozessen

Humboldt-Forum – was ist das überhaupt? Man wollte mit ihm an der zentralsten Stelle Berlins eine neuartige Begegnungsstätte schaffen. Darin sollten die Wissenschaften und die Künste, aber auch die Welt und Berlin miteinander ins Gespräch finden. Verschiedentlich war von einer «neuen Visitenkarte» eines neuen, weltoffenen Deutschlands die Rede, und mit der Kurzformel «Dialog der Kulturen» wurde das Projekt über lange Jahre beworben. In der programmatischen Einleitung zum Buch Humboldt-Forum Berlin von 2009 wurde seine Zweckbestimmung wie folgt umrissen: «Es antizipiert … einen demokratischen Ort einer zukünftigen Weltgemeinschaft».

Der Anlass zur Entwicklung der Idee des Humboldt-Forums war jedoch ein genuin ökonomischer. Denn man hätte das Ethnologische Museum Berlin, das in Dahlem, also am Stadtrand des wiedervereinigten Berlins lag, für teures Geld renovieren müssen. Dies wäre aber, mit absehbar tiefen Publikumszahlen an der Randlage, eine ökonomische Fehlinvestition gewesen. Heute nun machen das Ethnologische Museum Berlin und das Museum für Asiatische Kunst in Kubikmetern den Hauptteil des Humboldt-Forums aus. Beide gehören sie zur Stiftung Preussischer Kulturbesitz. Deren seinerzeitiger Präsident, Klaus-Dieter Lehmann, war im Mai 2000 mit dem Vorschlag an die Öffentlichkeit getreten, das Ethnologische Museum Berlin in die Stadtmitte zu verlegen und «etwas Neues» daraus zu machen. Sein Vorschlag zündete, begeisterte.

Kurz danach beauftragte Lehmann den vormaligen Direktor des Rietberg Museums Zürich, Eberhard Fischer, mit der Ausarbeitung der Grundidee. Fischers Exposé floss in die Diskussionen der alsbald eingesetzten Expert*innenkommission Berlin Mitte (damals noch ohne Gendersternchen) ein. Diese Kommission empfahl den Bau des Humboldt-Forums in der Hülle des ehemaligen Preussenschlosses. Sie folgte allerdings dem ausdrücklichen Rat Fischers, das Forum müsse als Weltkulturen- und Weltkunstmuseum auch europäische Objekte zeigen, gerade nicht. Gestützt auf die Kommissionsempfehlungen erfolgte der Bundestagsbeschluss 2002 – einzig die Abgeordneten der Partei Die Linke stimmten dagegen.

Zoff und Drill

Seither gab es viele Wortmeldungen, Feuilletonbeiträge, mithin Proteste, auch akademische Fachtagungen und Artikel sowie Blogeinträge. Doch erst im Sommer 2017 explodierte die Diskussion in den öffentlichen Medien förmlich. Denn die in Paris lehrende Kunsthistorikerin Bénédicte Savoy trat aus dem offiziellen Beirat des Forums unter Getöse aus: Sie liess sich in einem ganzseitigen Interview der ‹Süddeutschen Zeitung› mit folgendem Satz zitieren: «Das Humboldt-Forum ist wie Tschernobyl».

Sie hielt das Projekt für zutiefst kontaminiert, verkrustet, unrettbar altbacken und die Auseinandersetzung um die koloniale Vergangenheit der Objekte des Ethnologischen Museums Berlin für zu wenig ernsthaft: Es werde ein blosser Scheindiskurs geführt. Weiter bemängelte Savoy das Fehlen einer internen demokratischen und lebendigen Debattenkultur. Die Kritik an intern hierarchischen Strukturen, welche scharf mit der Proklamation des Humboldt-Forums als einer Begegnungsstätte und als eines Ortes des «Dialogs der Kulturen» kontrastierten, war schon vereinzelt früher vernehmbar gewesen, und letztmals zutage trat sie im Frühling 2021, als sich MitarbeiterInnen des Forums über eine Atmosphäre der Angst und Überwachung beklagten.

Substanz

Inhaltlich beherrscht wird heutzutage die Diskussion von Auseinandersetzungen um die koloniale Vergangenheit. Konkret davon, ob und inwieweit Objekte zurückgegeben werden müssen. Stichwörter dazu sind: Benin-Bronzen und Luf-Boot. Auch die akademische Forschung zu den Objekten ist sehr vergangenheitsorientiert: Es scheint, als betreibe man fast nur noch sogenannte Provenienzforschung.

Von aussen lässt sich ein Teil der Vehemenz des Streits um die Vergangenheit durch einen Konstruktionsfehler erklären: Dadurch, dass nurmehr sogenannt aussereuropäische Objekte ausgestellt werden, wiederholt das Humboldt-Forum selber einen kolonialen Blick («hier Europa, dort der Rest»), und damit wird das Problem der Objekte aus der Kolonialzeit sein eigenes.

Das wäre leicht anders, wäre es konsequenter als Begegnungsstätte inklusive europäischer Gegenstände aufgegleist worden. Anderseits lässt sich sagen, dass vielleicht die jetzige Vehemenz nötig ist, damit die materielle und intellektuelle Klärung der Kolonialvergangenheit angemessen stattfindet. Und möglicherweise danach vermag das Humboldt-Forum seinen in ihm angelegten normativen Überschuss eines «demokratischen Ortes einer zukünftigen Weltgemeinschaft» besser gerecht werden. Einstweilen ist mit diesem Forum, wie Lehmann noch im Jahr 2013 meinte, aber immerhin eine «Lerngemeinschaft» angestossen worden. So darf man gespannt bleiben, was dereinst kommt.

Einstweilen ist mit diesem Forum aber immerhin eine «Lerngemeinschaft» angestossen worden. So darf man gespannt bleiben, was dereinst kommt.

* Urs Andreas Wickli promovierte 2018 mit einer Arbeit zum Wozu des Ethnologischen Museums Berlin im künftigen Humboldt-Forum an der Universität Zürich. Das Buch dazu erschien 2020 im Schwabe Verlag Basel.

Warum sind wir gescheitert?

Auf dem Rücken eines dicken Sachbuchs die Frage, «warum aus dem Wissen über den Zustand der Welt kein angemessenes individuelles und gesellschaftliches Handeln folgt». Antworten darauf werden hier auf rationaler, emotionaler und ästhetischer Ebene gesucht. Ein zweites, schmaleres Bändchen spürt den weltanschaulichen Hintergründen dieses Versagens nach.

Hans Steiger

Nach dem Vorliegen der jüngsten Alarmrufe des Weltklimarates wären das an sich passende Lektüren. Wer wollte, wusste es ja wirklich, bereits seit Jahrzehnten, und die Gründe des katastrophalen Nichthandelns sind jetzt vordringlichste Themen. Trotzdem befördert der fast fünfhundert Seiten starke Reader zum möglichen nachhaltigeren Morgen eher die Ratlosigkeit.

Ecotainment statt System Change?

Die gegenwärtige Lage wird wiederholt treffend umrissen. Dass wir seit Langem über «die ökologischen Grenzen unseres Planeten» hinaus konsumieren und weiter expandieren, ist offensichtlich. Sie jedoch markieren den Rahmen für ein Handeln mit Zukunft. Das wird zum Beispiel im Text eines ‹netzwerk n› sehr klar festgehalten. «Konkret bedeutet dies, dass vor allem wir im globalen Westen zur Reduktion des Ressourcenverbrauchs unseren Lebensstil, Konsummuster und Produktionsweisen grundlegend verändern müssten.» Mit diesem Ziel unterstützt und koordiniert das Netzwerk seit gut zehn Jahren in erster Linie studentische Nachhaltigkeits-Initiativen in Deutschland. Konzeptionell fand ich dies den überzeugendsten Beitrag des Bandes, obwohl auch er die immer wieder gestellte Frage nach den Gründen, «warum Nachhaltigkeit unser Handeln bisher so wenig bestimmt», nicht klärt. Das sei eben ein vielschichtiges Problem, ist anderswo zu lesen. «Manchmal liegt es vielleicht schlicht daran, dass die Leidtragenden unseres Verhaltens teilweise noch nicht geboren sind.» Oder dass sie relativ fern von uns leben. Wohl wahr, doch wenig hilfreich.

Ausgangspunkt der hier gesammelten aktuellen Beurteilungen aus einer vorwiegend an Universitäten agierenden Szene ist ein schon älteres, eher suspektes Forschungsprojekt, das mehrmals angesprochen wird. Da ist etwa von einem «Emotions-in-Balance-Prinzip» die Rede, dem Einsatz «des Ecotainment-Konzepts» für die Förderung von Nachhaltigkeit. Ecotainment? Wer diesen Suchbegriff eingibt, wird im Netz auf ein Wirtschaftslexikon verwiesen, das Ecotainment als eine Form der Umweltkommunikation beschreibt, die nachhaltiges Konsumentenverhalten «über die rein emotionale Inszenierung attraktiver Lebensstile» anregen soll. Entwickelt worden sei das Konzept als Marketingstrategie, nachdem «das konventionelle Umweltmarketing ab Mitte der 90er Jahre kaum mehr neue Konsumentengruppen angesprochen» habe. Auch «die Glaubwürdigkeit der Werbenden» nahm damals durch «ein Überangebot negativer ökologischer Informationsinhalte» ab. Zufall, dass diese lexikalische Erläuterung ausgerechnet von einem Link zur Nachhaltigkeitsstrategie von Glencore Schweiz flankiert wird?

Zurück zum Buch, wo Expertinnen und Experten zu Wort kommen, die sich zum Teil bereits ein halbes Berufsleben lang mit derartigen Fragen befassen, weil sie nachhaltige Entwicklungen vorbereiten und begleiten sollten und wollten. Dies war ja immer das offiziell deklarierte Ziel. Müssten sie am niederschmetternden Resultat bisheriger Bemühungen nicht verzweifeln? Selten nur klingt davon etwas an. In der Regel herrscht ein distanziert professioneller Ton vor. Das oben erwähnte Hochschul-Netzwerk führt (selbst)kritisch Defizite im internen Bereich an, weist auch auf finanzielle Abhängigkeiten hin. Doch die unter dem guten Motto über Jahrzehnte entwickelte Nachhaltigkeits-Bürokratie kommt kaum direkt ins Visier. Sind die Beteiligten gar ein Teil von ihr, die ihnen zugewiesenen Arbeiten ein Alibi? Es werde ja intensiv geforscht und geplant… Wer sich in der Rolle reiner Politikberatung eingerichtet hat, tut sich mit direktem Eingreifen schwer. Immerhin werden jetzt Fakten und Argumente zunehmend allen Interessierten zur Verfügung gestellt.

Auch für ‹Fridays for Future› gilt vorerst die bittere Bilanz, dass sich viel bewegt, aber wenig getan hat.

Greta Thunberg, Adalbert Stifter, AfD

Zuweilen mutet die Mischung des Sammelbandes ziemlich wild an. So setzt sich Alfons Matheis, einer der Herausgeber und seit einem Vierteljahrhundert am Umwelt-Campus der Hochschule Trier als Professor für Bereiche wie Kommunikation, Ethik und Weiterbildung beschäftigt, vehement mit der Alarmrhetorik von Greta Thunberg auseinander. War ihr empörtes «Wie könnt ihr es wagen», das sie 2019 bei der UNO den politischen Eliten der Welt entgegenschleuderte, «als das sichtbare Zeichen einer moralischen subjektiven Intuition zu interpretieren» und ist die Empörung berechtigt? Letzteres wird notabene nach kurvenreichen, durchaus spannenden und erhellenden akademischen Erwägungen klar bejaht. Von den für alle verständlichen Anklagen der schwedischen Schülerin, die sich im August 2018 erstmals mit ihrem Streikplakat vor das Reichstagsgebäude setzte, ging in kürzester Zeit womöglich mehr Wirkung aus als von Serien gigantischer Konferenzen und Bibliotheken voller Konzepte für «nachhaltige Entwicklung», die unzählige Institute seit dem Erdgipfel in Rio anno 1992 erarbeitet haben. Aber auch auf ‹Fridays for Future› bezogen lautet die bittere Bilanz, «dass sich viel bewegt, aber wenig getan hat». Wieder wird sichtbar, «wie langsam die Forderungen in der Politik und Wirtschaft auch auf Aktionen und Handlungen treffen».

Und dann? Als nächstes fragt ein Literaturwissenschaftler nach Bezügen von Mensch und Natur in späten Texten von Adalbert Stifter. Was ist von den Biedermeier-Betrachtungen aus dem Böhmerwald zu lernen? Das mutet als Exkurs exotisch an. Doch ich war für die Anregung dankbar, nahm den letzten Band der verstaubten Werkausgabe aus dem Regal, setzte meine vor Jahren begonnene Lektüre des «Nachsommer»-Romans endlich fort. Sie gewann durch die Anmerkungen von Benjamin Schlodder an Spannung. Hatten mich zuvor nur einzelne Passagen genervt, etwa der patriarchale Umgang des Gutsbesitzers mit dem Personal, achtete ich nun auch bei den Na-

turbetrachtungen des eben nicht nur konservativen Autors auf irritierende Stellen. Zwar habe die Kultivierung der Landschaft zu jenem Zeitpunkt «tatsächlich noch zu grösserer Diversität» geführt, wusste ich jetzt, doch der «Umschlagpunkt im Verhältnis der Natur zu ihrer Ausbeutung», hin zur zunehmenden Zerstörung der beschriebenen Landschaft, war bereits erreicht, als dieses Werk erschien. Und wie die kritische Analyse ergebe, arbeiteten Stifters Figuren – entgegen all der von ihnen vertretenen Ideale – an einer Nutzung, die mit der Einbindung der Gegend in globale Wege- und Handelsnetze in die letztlich verhängnisvolle Richtung führte. So sei bei der genauen Betrachtung seiner Naturwahrnehmung auch «eine Annäherung an die Frage möglich, warum aus dem Wissen um seine Notwendigkeit so häufig kein wirklich nachhaltiges Handeln folgt.»

Später geht es dann noch um die quasi alternative Nachhaltigkeit der deutschen AfD. Das wäre hochaktuell, für uns auch mit Blick auf die SVP spannend. Aber die Analyse sichtet Parteimaterial und populistische Positionierungen ohne viel Tiefgang und ich finde trotz Bleistiftmarkierungen kein wirklich bemerkenswertes Zitat. An- und aufregender sind die eingeschobenen Exkursionen in Räume der Kunst oder ins Reich der Visionen. Oft sagt ein Bild wirklich mehr als tausend Worte. «Zero Hunger» zum Beispiel, mit dem David Cetinbas eines der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele auf einen Blick spürbar macht.

Entscheidet die Weltanschauung?

Ein schmaleres Bändchen aus dem gleichen Verlag liefert die Bilanz einer ganzen Reihe von Analysen des in der Schweiz wirkenden Ethnologen und Religionswissenschaftlers Christian Jäggi. Auch hier geht es im Kern um das Scheitern rational argumentierender Bestrebungen sowie den dringend notwendigen weltweiten Aufbruch zur «ökologischen und nachhaltigen Gesellschaftsordnung». Entscheiden eben am Ende doch alte und tief gründende Weltanschauungen, ob neue Wege eingeschlagen werden? Gezeigt werden Elemente, die behindernd oder dem Ziel dienlich sein könnten. Vorab geht es um jüdische, christliche und islamische, also religiöse Natur-, Umwelt- und Schöpfungsvorstellungen. Aber ‹säkulare› Sichtweisen fehlen nicht. Links oder rechts seien dabei nicht unbedingt entscheidend. Gerade sozialdemokratische und kommunistische Parteien standen den Umweltanliegen lange ablehnend gegenüber. Erst als sich Teile der 68er-Bewegung in neuen, grünen Formationen zusammenfanden und Ökologieprobleme als Fragen des Wirtschaftssystems vertieft thematisiert wurden, nicht nur als «Auswüchse» der Marktwirtschaft, kam es zu Verknüpfungen mit konservativer Ethik.

Wieder wird hier beim Lesen klar, dass wir seit Jahrzehnten ähnliche Diskussionen führen. Im mir näheren nichtreligiösen Lager wuchs das Interesse an indigenen Traditionen, als in Krisenlagen offenbar wurde, dass Vernunft allein als Kraft für die fällige Veränderung nicht reicht. Plötzlich stiessen stärker naturbezogene feministische Postulate, auch Thesen der sogenannten Tiefenökologie, sogar die Gaia-Theorie auf Interesse, trotz Esoterikverdacht. «Brückenkonzepte» wurden entworfen, um kulturelle Schranken zu überwinden. Ich selbst konstatierte eines Tages verwundert, dass mir die Umweltenzyklika von Papst Franziskus in weiten Teilen als in sich stimmige Grundlage für die Bewahrung dessen erschien, was ich nie als Schöpfung bezeichnen würde. Die in ‹Laudato Si› postulierte «Genügsamkeit und Demut» bräuchten wir dringend. Kampfgeist und Solidarität könnten Gegengaben sein.

Als gäbe es ein Morgen. Nachhaltigkeit wollen, sollen, können. Herausgegeben von Alfons Matheis und Clemens Schwender. Metropolis-Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik, Marburg 2021, 483 Seiten, 49.90 Franken.

Christian J. Jäggi: **Säkulare und religiöse Elemente einer ökologischen und nachhaltigen Gesellschaftsordnung.** Eine Zusammenschau. Metropolis, Marburg 2021, 158 Seiten, 28.90 Franken.

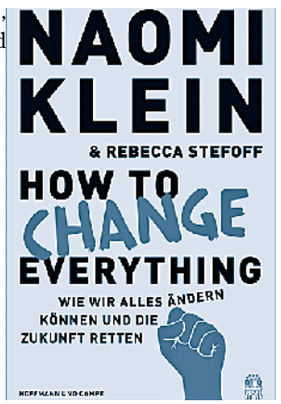
Als klarer Appell allen empfohlen

Auch beim Buch von Naomi Klein ein erster Blick auf den Buchrücken: «Bist du bereit, alles zu ändern?» Die augenfällige Frage provozierte bei mir ein spontanes Nein. Nicht alles! Vieles möchte ich im Gegenteil schützen und vor weiterem Wandel bewahren. Dennoch ist dieser flammende Appell allen zur Lektüre zu empfehlen. Nicht nur jener neuen Generation, an die er direkt adressiert ist. Auch den Ermüdeten, durch zu viele Niederlagen zu oft Entmutigten dürfte die Erinnerung an Chancen solidarischer Bewegungen gut tun.

Die kanadische, auch in den USA agierende Journalistin, harte Kapitalismus- und frühe Globalisierungskritikerin mit Jahrgang 1970, dürfte für junge Bewegte, die altklugen Ratschlägen mit Skepsis begegnen, eine glaubwürdige Zeugin sein. Sie liefert keine ideologisch begrenzten Rezepte, führt vielfältige Ansätze von Alternativen exemplarisch vor, konkret, fassbar, die Reportagen sind voller Empathie. Klar wird, dass die von ihr postulierte grundlegende Wende ohne massiven Druck von unten nicht gelingt. Technik werde beim skizzierten Green New Deal zwar ein wichtiges Element sein, aber unsere globalen Probleme nie lösen können, zumal nicht die sozialen.

«Bist du bereit, alles zu ändern?» Die augenfällige Frage provoziert ein spontanes Nein. Nicht alles!

Rebecca Stefoff, die für diese Kampfschrift einbezogene Mitautorin, hat Erfahrung im Aufbereiten wissenschaftlicher Stoffe für ein junges Publikum und sie steuert mehrere Personenporträts bei. Grafiken, Fotos belegen und beleben Geschriebenes. Es gibt Alarmsignale und Erfolgsmeldungen, aber keine Schönfärberei. Die von uns bewirkte Erderwärmung ist im Gang. Viele werden darunter leiden, sind



durch deren Folgen bereits jetzt existenziell bedroht. Doch «noch liegt es in unserer Macht, die Erde, so wie wir sie kennen, mit ihren Menschen, Tieren, Pflanzen und Landschaften zu retten».

Wo der wachsende, oft verzweifelte Widerstand gegen zerstörerische Projekte in aller Welt ins Zentrum rückt, wird auch das Gebot «alles zu ändern» relativiert. «Schützt eure Heimat – und den Planeten» lautet ein Zwischentitel. In der kanadischen Inselstadt Bella Bella kämpft die Gemeinschaft dort lebender Indigener nicht nur gegen die Gefährdung der Gewässer durch eine geplante Ölpipeline. Das jüngste Mitglied ihres Stammesrates will, dass seine Kinder einmal in eine Welt geboren werden, wo jene Kultur lebendig ist, «die unser Volk seit Hunderten von Generationen stark gemacht hat». Und die Menschen errangen dort einen Sieg, «indem sie sich auf ihr Recht beriefen, nein zu sagen». Ändern muss sich vor allem unser herrschendes System, unser Leben hier, «von Grund auf». (haste)

Naomi Klein & Rebecca Stefoff: **How to change everything.** Wie wir alles ändern können und die Zukunft retten. Hoffmann und Campe, Hamburg 2021, 256 Seiten, 25.90 Franken.

SRF 2 pflegt jetzt Kultur in Kürze

Samstag, 28. August

8.30 SWR: **«Deutschland, deine Regeln.»** In der siebten Folge der Sommer-Reprise einer Wissen-Serie aus dem vergangenen Jahr fragt Marcus Schwandner nach dem oft beklagten Diktat von Baurecht und Brandschutz.

11.00 DLF: **«Rechts überholt Links.»** Oder: Das Bangen der Kommunisten Portugals. Tilo Wagner in der Reihe Gesichter Europas. In der Region Alentejo, südlich von Lissabon, spielt die marxistisch-leninistische Partei auf lokaler Ebene traditionell eine wichtige Rolle. Bei den Kommunalwahlen im Herbst ist es ungewiss, ob die Kommunisten ihre Bastion verteidigen können. 100 Jahre nach Gründung der portugiesischen KP befindet sich der Alentejo im Umbruch. Zwar sind grosse Investitionssummen in eine intensive Landwirtschaft geflossen. Doch der wirtschaftliche Boom geht grösstenteils an der Bevölkerung vorbei. Tausende von ausländischen Arbeitsmigranten kamen; die KP hat bei vielen den Status der Protestpartei verloren und den Platz füllt die rechtspopulistische Partei Chega, welche mit fremdenfeindlichen Parolen auf Stimmenfang geht. Und bei SRF 2 die «Musik für einen Gast» mit Rebecca Clopath, Köchin und Bergbäuerin.

17.00 SWR: **«Zeitgenossen.»** Claus Ruhe Madsen, Oberbürgermeister von Rostock.

20.00 SRF 2: **«Das ist alles. C'est tout.»** Hörspiel von Kai Grehn – nach Texten von Marguerite Duras. Angekündigt als «aussergewöhnliches akustisches Portrait einer grossen Schriftstellerin in ihrer letzten Lebensphase und einer aussergewöhnlichen Liebe. Auf Deutsch und Französisch, mit herzerweichendem Gesang». Parallel beim DLF: «Studio LCB». Lesung von Jenny Erpenbeck und Gespräche mit Michael Hametner und Thomas Irmer. Es gehe in «Kairos», dem neuen Roman der Autorin, um eine Liebe inmitten einer Zeitenwende. Sommer 1986. Katharina, die gerade eine Lehre zur Schriftsetzerin absolviert, läuft dem älteren Schriftsteller Hans über den Weg. «Während die DDR zusammenbricht und sich die Verhältnisse neu ordnen, schwankt das Paar zwischen den Extremen und kommt nicht voneinander los.»

21.00 SRF 2: **«Zum Tod von Murray Schafer.»** Zur Erinnerung an den Begründer der Soundscape-Forschung wird in Musik unserer Zeit eine Portrait-Sendung von Florian Hauser aus dem Jahre 2011 wiederholt.

22.00 DLF: **«Was ist das Eigene, was das Fremde?»** Aus der Vorschau der Reprise im Atelier neuer Musik: Liza Lim, als Kind chinesischer Einwanderer in Australien geboren, wuchs im Sultanat Brunei auf der Insel Borneo auf. Sie versteht ihre Herkunft als «pazifisch». Samir Odeh-Tamimi lebt in Berlin, hier hat er zu seinen palästinensischen Wurzeln gefunden. Jorge Horst lebt in Argentinien – der deutsche Teil seiner Familie wanderte einst von der Wolga nach Brasilien aus. Die drei eint, dass sie westeuropäische Kategorien des vermeintlich Eigenen und Fremden in Leben und Arbeit in Unordnung bringen.

23.00 SWR: **«Salzburger Stier 2021.»** Der internationale Kabarettpreis ging für die Schweiz an Lara Stoll. Mitschnitte ihres Auftritts. Gleichzeitig beginnt beim DLF eine von Jochanan Shelliem gestaltete Lange Nacht über «Kindertransporte». November 1938: Der junge Bankkaufmann Nicholas Winton besucht seinen Freund in Prag. Was er sieht, schockiert ihn. Flüchtlingsfamilien hinter Bretterverschlägen, hungernde Kinder. Zurück in London schreibt er Brandbriefe an die Mächtigen der Welt. Winton ist kein Jude, seine Eltern waren 1907 nach England emigriert und zum Christentum konvertiert. Sie änderten während des Ersten Weltkriegs ihren Namen. Im englischen Parlament wüten Debatten über die Gefahr, die Grossbritanniens Wirtschaft durch die Aufnahme jüdischer Flüchtlingskinder drohen würde, während Winton in einem Hotel am Prager Wenzelsplatz ein Büro eröffnet und eine erste Zufluchtsstätte. 1000 Kindern beschafft er Fahrkarten über den Kanal, und vom Prager Hauptbahnhof, wo heute ein Denkmal an Winton und die Hilfsaktion erinnert, fährt am 30. November 1938 der erste Zug nach London. Mehr als 15 500 jüdische Säuglinge, Kinder und Jugendliche haben dank seiner Initiative überlebt. Auch um einige von ihnen wird es in der dreistündigen Sendung gehen. Walter Kaufmann etwa stammt aus dem Ruhrgebiet. Mit einem der letzten Kindertransporte kommt er in London an. Keiner wartet auf ihn; der Vormund hat ihn vergessen und seine Eltern wird er nie wiedersehen. Er arbeitet später am Hafen und als Gewerkschaftler, wird Kommunist, sucht sich sein Paradies, findet es für sich als Schriftsteller in der DDR. «Er war angekommen. Angekommen aber wo?» So beginnt der Roman «Landgericht», wo Ursula Krechel von den Kindertransporten erzählt und damit das Schweigen über eine unerwünschte Erinnerung der deutschen Nachkriegsrepublik bricht. André Herzberg, der Leadsänger einer in der DDR berühmten Rockband, leidet 80 Jahre nach der Flucht seines Vaters immer noch an den Geheimnissen seiner Familiengeschichte. Eva Menasse schreibt, ihr Bruder Robert erzählt vom Kindertransport des Vaters Hans Menasse, der als Fussballer in Wien seine Vergangenheit vergass … Bis heute treffen sich Nachkommen der «Nullten Generation» in Grossbritannien und den USA, sprechen über Traumata, die sie von Eltern erbten, die durch die Aktion «Kindertransporte» ihr Leben retteten und ihre Kindheit verloren.

Sonntag, 29. August

8.30 SRF 2: **«Christlich grün.»** Judith Wipfler porträtiert eine Ökologiebewegung, die im September wieder mit Umweltaktionen in Kirchen präsent sein will. Ziel ist die Bewahrung der Schöpfung. Parallel dazu bei SWR 2 Kultur: «Die Neurobiologie von Empathie und Mitgefühl.» Aula-Vortrag von Tania Singer, Neurowissenschaftlerin. Danach folgt hier: «Unter uns.» Ein Sonntagsfeuilleton mit Nicole Dantrimont. Die dreistündige Matinee kümmere sich heute «um diese wichtigen Menschen in unserem Leben: die Freunde».

9.30 DLF: **«Wir leben in einer Diktatur.»** Die russische Historikerin Irina Scherbakowa im Gespräch mit Jochen Rack.

11.00 DLF: **«Interview der Woche.»** Dietmar Bartsch von der Linkspartei.

12.00 SWR: **«Säkular, religiös, selbstbewusst.»** Christina-Maria Purkert über jüdische Frauen in Deutschland.

12.40 SRF 2: **«Musik für einen Gast.»** Eva Menasse, Schriftstellerin. Ein kleiner Trost, nachdem nun «52 Beste Bücher» definitiv weg ist?

13.30 DLF: **«Zwischentöne.»** Musik und Fragen zur Person. Heute mit Emilia Roig, Politikwissenschaftlerin. «Ich bin in einer rassistischen Familie gross geworden», schrieb sie in «Why We Matter. Das Ende der Unterdrückung», wo die Tochter einer schwarzen Mutter und eines weissen Vaters ihre eigene Geschichte mit dem Diskurs über rassistische Strukturen in der Gesellschaft verbindet.

14.00 SWR: **«Akte 88.»** Die tausend Leben des Adolf Hitler – Staffel 3. Schluss der Sommer-Reprise einer Verschwörungssatire von Walter Filz und Michael Lissek.

15.00 SRF 2: **«Go, Mirga!»** Jenny Berg porträtiert die litauische Dirigentin Mirga Gražinyte-Tyla.

16.30 DLF: **«Teens und Screens.»** Wie schädlich sind digitale Medien für Jugendliche? Wibke Bergemann fragt das in Forschung aktuell.

18.20 SWR: **«Der Zauberer von Ost.»** Hörstück von Henning Nass und Bernhard Schütz. Es sei zugleich eine Biografie von Frank Castorf und «Reflexion über das endgültige Ende des Ostens, eine Meditation über dessen Gentrifizierung sowie eine Abhandlung über unterschiedliche Auffassungen von Leben und Kunst».

20.00 DLF: **«Und es bewegt sich doch!»** Der Traum vom Perpetuum Mobile lebt. Feature von Lorenz Schröter.

Montag, 30. August

8.30 SWR: **«Vermisst in Mexiko.»** Warum zehntausende Flüchtende verschwinden. Reportage von Markus Plate.

9.00 SRF 2: **«Literaturfenster.»** Nach der Sommerruhe findet sich am Montag statt der einst einstündigen ‹Kontext›-Hintergrund-Sendung dies – sowie über den Tag verstreut ‹Kultur-Nachrichten›, ‹Kultur-Aktualität›, ‹Kultur kompakt›, ‹100 Sekunden Wissen› et cetera. Abends endet das moderierte Programm werktags definitiv um 22 Uhr. Dienstag und Freitag taucht zwar ‹Kontext›, zu einem halbstündigen Podcast geschrumpft, um 9 und 18.30 Uhr noch in der Programmvorschau auf, ohne Inhaltsangaben. Falls ihr Radio-Tipper unter der Woche je wieder konkrete Angaben im Spar-Kultur-Angebot von SRF 2 entdeckt, wird er es melden …

15.00 SWR: **«Kostbare Rohstoffe.»** Wie wir weniger verbrauchen. Renate Dobratz blickt in Haushalte und eine Zukunftswerkstatt.

15.30 SWR: **«Was der Fall ist.»** Erzählung von Thomas Duarte. Lesung in fünf Folgen. Angekündigt als «das Porträt eines modernen Antihelden, der einen überraschend fröhlichen Nihilismus zum Besten gibt». Fortsetzungen täglich. Jeweils mit Wiederholung um 23 Uhr.

Dienstag, 31. August

15.00 SWR: **«Aufgeheizte Stimmung.»** Als politischer Gefangener in Italien. Uta-Maria Heim und Ulrich Lampen über den Weg des Willi P., zur Zeit der Rote Armee Fraktion und der italienischen Brigate Rosse noch Anfang 20, politisch ein Linker und terrorverdächtig.

19.15 DLF: **«Affen. Unartig.»** Wilde Jahre einer haarigen Spezies. Feature von Walter Filz.

20.00 DLF: **«Die Scheintoten»** von Hermann Burger in einer Hörspielfassung von Fritz Zaugg. Produziert 1995 von Radio DRS, Studio Basel.

Mi, 1. September

20.00 SRF 1: **«Ein Stier ist ein Stier ist ein Stier.»** Sarah Bosetti, Renato Kaiser und Florian Scheuba beim Salzburger Stier 2021.

21.00 DLF: **«Salzburger Stier.»** Frauen-Kabarett-Highlights aus 40 Jahren.

Do, 2. September

15.00 SWR: **«Wir machen was falsch.»** Mexikanischer Machismo trifft auf deutschen Alltag. Andreas Boueke berichtet.

Fr, 3. September

8.30 SWR: **«Joe Bidens Vorbild.»** Martina Gross über Franklin D. Roosevelt und seinen New Deal.

10.00 DLF: **«Gewalt gegen Frauen.»** Alltag in Deutschland? Fragt Brigitte Baetz.

19.15 DLF: **«Aus Angst wird Begegnung.»** Kulturschaffende und Politik erfinden den Ebertplatz neu. Feature von Nadja Bascheck.

20.00 DLF: **«Too Old To Die Young.»** Joost und Terry: Punks seit über 40 Jahren. Feature von Ralf Bei der Kellen. Parallel bei SRF 1: «Töchter» von Lucy Fricke. Zwei beste Freundinnen, deren Väter irgendwann aus ihrem Leben verschwanden … Und bei SRF 2 in der Passage: «Küstenerosion am Mittelmeer.» Strandurlaub bald ohne Strand? Feature von Brigitte Kramer.

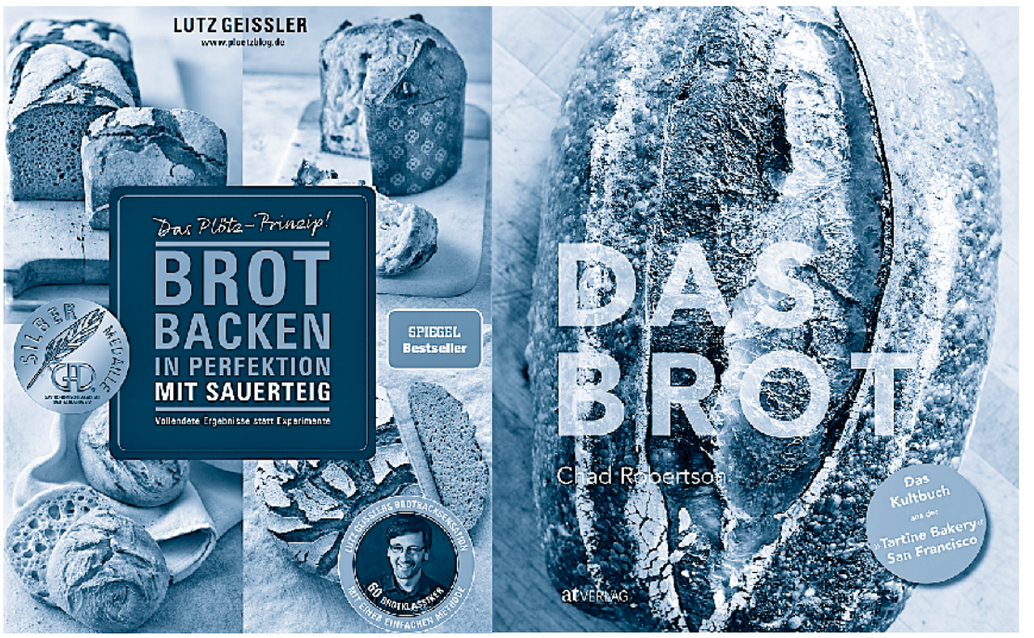
22.00 DLF: **«It Wasn't Hard To Love You.»** Fanfare Ciocărlia feiert 25-jähriges Bandjubiläum.

DLF/Deutschlandfunk – 100,6 und 105,1 MHz. **SWR/Südwestrundfunk 2** – 90,4 und 97,9 MHz auf UKW sowie in digitalen Kanälen und Netzen. Zudem sind die meisten Sendungen auch im Podcast-Angebot.

Slow food auch beim Brot

An die 30 Zusatzstoffe finden sich in gewissen Broten, gerade in jenen, die beim Grossverteiler oder im Bahnhof unwiderstehlich duften. Kalorien haben sie und kaum Nährwert, für viele Menschen sind sie schwer verdaulich oder gar unverträglich. Abhilfe schafft ein langsam getriebenes Brot vom Beck oder aus dem eigenen Backofen.

Claudia Nielsen



Ein stattlicher Teil des hierzulande verzehrten Brots – über 100 Gramm pro Person und Tag – kommt als gefrorener Teigling aus Osteuropa oder von weiter her und wird hier bloss kurz aufgebacken. Moderne Hefe ist so optimiert, dass der Teig in kürzester Zeit aufgeht. Denn Zeit ist Geld. Ein solches Brot kann wie ein Klotz im Magen liegen. Brote dagegen, deren natürliche Bakterienmischungen mit Hefe oder noch besser Sauerteig zwanzig oder mehr Stunden Zeit bekommen, um zu reifen und die hochwertigen Mehle anzuverdauen, diese Brote kann unser Darm bestens aufschlüsseln, und unser Mikrobiom nimmt die bakterielle Unterstützung dankend an. Ein solches Brot besteht aus Mehl, Wasser, Salz und Bakterien. Darüber schreibt die Historikerin Lynn Blattmann auf www.well-off.ch und liefert nebst wissenswertem Hintergrund auch inspirierende Rezepte und Tipps von Wurst bis Sauerteig. Zu meinen Favoriten gehören die Weizentortillas (mit Dinkelmehl). Auch sie brauchen Zeit zum Reifen, aber nur zwei Stunden. Zudem eignen sie sich ausgezeichnet als Sauerteig-Resten-Verwertung und als frisch gebratene Verpackung von Gemüseresten.

Corona schafft Zeit für Sauerteig

Der Sauerteig-Hype letztes Jahr ist wohl auch der Pandemie-Langeweile geschuldet. Dass er anhält, haben wir eher dem Home-Office zu verdanken. In einer Pause lässt sich der Teig kurz dehnen und falten oder in den Kühlschrank stellen. Wer ihn grad vor der Videokonferenz in den Ofen schiebt, hat bei noch so gutem Timing allerdings ein Problem: Der Duft macht mächtig Appetit und lenkt ab.

Anfängerinnen und Anfänger, die nicht ins Home-Office dürfen, können oder wollen, halten sich am bestens an Lutz Geisslers Bestseller – die sechzig Brote von Pumpernickel bis Croissants folgen der gleichen Methode und einem klaren Ablauf, so dass man sich ihnen abends widmen und sie am nächsten oder übernächsten Abend fertigstellen und backen kann. Geissler kommt mit wenig Gerät aus und verwendet für eine schöne Brötchen-Kruste etwa zwei Backbleche übereinander. Auf seiner Website www.ploeetzblog.de finden sich zudem eine Vielzahl weiterer Rezepte, Links zu Anleitungsfilmen und ein nützlicher Mengenrechner.

Anfängerinnen und Anfänger, die nicht ins Home-Office dürfen, können oder wollen, halten sich am besten an Lutz Geisslers Bestseller.

Und ewig grüsst der Gusseisentopf

Poetischer und weniger schnörkellos geht der Kult-Amerikaner Chad Robertson zu Werke – Kernelemente sind bei ihm das Grundrezept mit Test-BäckerInnen-Berichten und der Gusseisentopf. Sein Epos anzuschauen und nachzuimaginieren, macht Freude. Es empfiehlt sich bloss, das ausgewählte Rezept zuerst durchzulesen und -denken, statt dann mit klebrigen Händen nach dem entscheidenden Hinweis blättern zu müssen. So kann man frohen Mutes das Grundrezept nachbacken und sich freuen. Wahrscheinlich muss das Croissant-Rezept meiner noch lange harren, zu köstliche gibt es käuflich in Zürich. Robertsons Brot- und Restenverwendungs-Teil schätze ich besonders. Er macht fast einen Drittel des Buches aus und und das ist gut so. Die Rezepte sind derart attraktiv und die Fotos mundwässernd, dass man gerne zu grosse Brote bäckt, um hoffenltich genug Resten zu haben.

Anstellgut zu verschenken

Wenn man Anfängerin ist, braucht man einen Sauerteigansatz, auch Anstellgut genannt. Ihn selber zu kultivieren, ist ein lustiges Experiment, erfordert aber so viel Aufmerksamkeit und Zeit wie ein Haustier. Einfacher ist, zu den ersten dreien zu gehören, die ihr Interesse bei nicole.soland@ps-zeitung.ch anmelden und nach Vereinbarung zwei verschiedene Sauerteig-Ansätze im Kreis 4 von der Rezensentin abholen. Dieses Anstellgut braucht man nur noch alle ein bis zwei Wochen zu füttern: Den Weizensauerteig mit 1 Löffel Wasser und 2 Löffeln Weissmehl, den Roggensauerteig mit 1 Löffel Wasser und 1 Löffel Vollkornmehl.

Lutz Geissler: **Brot backen in Perfektion mit Sauerteig.** Becker Joest Volk Verlag 2021, 192 Seiten, 42.50 Franken.

Chad Robertson: **Das Brot.** AT Verlag 2021, 304 Seiten, 39.90 Franken.

Experimente sind immer auch Grenzauslotungen

Formal forscht die 1937 in Ungarn geborene Künstlerin Dóra Maurer mit allen sie interessierenden Medien. Von Fotografie über Performance bis Druckgrafik und Malerei. In der «kleinen Retrospektive», die ihr Sabine Schaschl im Haus Konstruktiv ausrichtet, wird schnell augenscheinlich, wie sehr die meisten ihrer Arbeiten politisch wirken.

Thierry Frochaux

Wie mans auch dreht, es bleibt Kunst. Dóra Maurer: «Seven Twists», 1979/2011, Sammlung Somlói/Sprengler/Dóra Maurer.

Der letzte Direktkontakt mit Kunst aus Ungarn ermöglichte ein Gastspiel der Tanzcompagnie «Hodworks» beim Festival «Yeah!Yeah!Yeah!» in der Roten Fabrik vor zwei Jahren. Ihr schmerzlicher Bühnenkommentar verhöhnte die Direktive einer obrigkeitlichen Definition dessen, was überhaupt als Kunst gilt, auf ungeschminkt raffinierte Art. Resterlaubt sind ‹das Wahre› und ‹das Schöne›. Siebzig Jahre zuvor – rund um den von den Sowjets jäh niedergerungenen Ungarnaufstand – absolvierte Dóra Maurer ihr Kunststudium in Budapest. Sehr viel Fantasie benötigt es nicht, um sich auch nur ungefähr auszumalen, wie ‹weit› gefasst die Grenzen des Sag- und Machbaren unter der jahrzehntelangen kommunistischen Einheitsvorstellung von Wertigkeit gewesen sein dürften. 1971 performt Dóra Maurer eine 1. Mai-Parade: Allein und drinnen geht sie so lange im Stechschritt im Kreis, bis eine Masse suggerierende Spur aus Fussabdrücken bleibendes Zeugnis davon abgibt. Auf den Papiergrund legt sie eine Holzplatte mit eingefärbtem Papiermaché, die rund einen Viertel der Fläche bedeckt. Was davon hervorsteht und auf ihrem Parademarschweg liegt, wird niedergetrampelt, und das Ergebnis der farbbeschmutzten Fusssohlen verschleppt sie, bis der gesamte Kreis als Manifest für die Ewigkeit (der Fotodokumentation) zurückbleibt. Ein Bekenntnis, sich als politische Person oder gar Künstlerin zu verstehen, erübrigt sich.

Die Vermessung der Frau

Aus demselben Jahr stammen auch Fotosequenzen, die hälftig mathematisch verspielt wirkend, hälftig als klandestine Kommunikationsmöglichkeit anmutend, Hände und Personen in Haltungen und Bewegungen zeigen, denen sie je einen Buchstaben des Alphabets zuordnet. Ein Schelm, wer dahinter eine potenzielle Blaupause für subversiven Austausch von Einzelnen im öffentlichen Raum vermutet. Es ist aber gleichzeitig auch das Experimentieren mit Mustern, womit sich der Kreis zur plastischen Kunst und/oder der Malerei schliesst. Der Pflasterstein in seinen kubistischen Dimensionen ist die dreidimensionale Entsprechung des Quadrates, also der boshaft symbolisierenden Zuschreibung der Konkreten Kunst. Handkehrum ist er (in der hierzulande üblichen, etwas kleineren Ausdehnung) auch Sinnbild für ein kostengünstiges Wurfgeschoss in der unfreundlichen Konfrontation mit einer gepanzert auftretenden Obrigkeit. Dóra Maurer verkehrt das alles in eine Bildabfolge möglicher fürsorglicher Umhätschelung eines ‹Bsetzisteis› und unterwandert damit zeitgleich die stereotype Rollenzuschreibung der Frau subversiv. Nicht zuletzt vermisst sie die Frau – in Standbildern, bevor sie laufen lernten, und andernorts sich selbst im Film – und stellt damit nicht bloss ein spielerisches Experiment dar, sondern stellt auch die Begrifflichkeit rund um den Komplex einer sogenannten Norm infrage (und die daraus ableitbaren Konsequenzen).

X für ein U

In einer Serie von Kaltnadelradierungen auf Papier oder Stoff, meist in Form von geraden Linien, stellt sie um 1980 so lange serielle Drucke her, bis die Vorlage verschlissen ist und nurmehr Anspielungen einer ehemaligen Farbensattheit hinterlässt. Hier öffnet sich der Fragenkomplex einerseits in Richtung Original/Kopie, andererseits auch (wieder) hin zur Deutungshoheit bezüglich einer grundsätzlichen Definition von Kunst und darin auch noch einer weitgehenden Willkür von Wertung. Was sie andernorts wieder aufnimmt: Ist eine Frau, die ein weisses Laken im Film geometrisch zusammenlegt, eine Hausfrau oder eine konstruktiv-konstruktiv-kubistische Künstlerin? Das Kunstverständnis von Dóra Maurer ist mehrdimensional, um nicht zu sagen grenzenlos. Der Auftrag, ein Schlossgewölbe ‹auszumalen›, ist nicht minderwertiger als dieselbe methodisch-mathematische Ausführung von Farbfeldern auf einer Leinwand, und führt in der Folge zu einer Beschäftigung mit einer dynamisch dreidimensionalen Wirkung ihrer Gemälde. Die weitere, malerische Auseinandersetzung mit Durchlässigkeiten von Farben und ihre aktuelle Beschäftigung mit dem Buchstaben X kann ebenso als Experiment von Form und Farbe, als symbolhafte feministische Selbstermächtigung oder auch als künstlerische Umsetzung der Redewendung «ein X für ein U vormachen», also wiederum ein politisch konnotierter Kommentar zur Zeit interpretiert werden. Oder alles zeitgleich. In sich und über alle Mediengrenzen hinweg ist ihr Œuvre äussert stringent.

Dóra Maurer: «Minimal Movements – Shifts, 1970-2020», bis 12.9., Haus Konstruktiv, Zürich.

Ergriffenheit

Markus Förderer (Kamera) und Julian R. Wagner (Szenenbild) sind die eigentlichen Helden von «Tides».

Mit «Hell» glückte Tim Fehlbaum vor zehn Jahren ein aufsehenerregender Erstling, was sich im Filmbusiness sofort in Erwartungsdruck auf jede Folgeproduktion verkehrt. Nachdem die brütende Sonne in «Hell» ein Leben auf der Erde verunmöglichte, floh die menschliche Zivilisation in «Tides» auf den Planeten Kepler 209, wo ein Überleben zwar möglich ist, der Mensch aber die Fähigkeit zur Fortpflanzung verliert. Es droht das Aussterben. «Tides» behandelt die eifrige Hoffnung auf Rückkehr und damit auf ein Morgen. Jahre nach einer als gescheitert einzustufenden ersten Expedition (des Vaters) liegt der ganze Erwartungsdruck auf den Schultern von Blake (Nora Arnezeder). Sie überlebt als einzige die Bruchlandung und muss mit hochgerüstetem Equipment evaluieren, ob die Wiederbesiedlung der Erde das absehbare Aussterben der Spezies Mensch verhindern könnte. Das Drehbuch eines insgesamt vierköpfigen Teams ist inhaltlich sehr überschaubar und in der finalen Moralbotschaft ausgesucht simpel bei zeitgleich überdeutlicher Betonung. Zudem wirkt die hier ausgebreitete Zukunft perspektivisch auffallend gestrig und verhält sich in der mehr als bloss gelassen dahinplätschernden dramaturgischen Entwicklung, als ob dieses Genre keine Vorläufer kennen würde, die es verstanden hatten, eine vergleichbare Dystopie mit Spannung, Handlung und Überraschung zu verbinden. «Tides» ist primär Atmosphäre mit Musik (Lorenz Dangel) und im Ausdruck eine einzige Aneinanderreihung von Posen der vollkommenen Ergriffenheit. Wie im weltlichen Kolonialismus ist das zu erobern geplante Territorium keinesfalls wesensleer und die bestehende Separierung innerhalb der verschiedenen Gruppierungen von ErdenbewohnerInnen in herrschend und unterdrückt übernimmt die Funktion eines simplifiziert-verklausulierten Spiegelbildes für ein Publikum, verstärkt also den eh schon aufsässigen Appell bis zum Überdruss. froh.

«Tides» spielt in den Kinos Abaton, Kosmos.

Betulich

Stefan Jäger will mit «Monte Verità» zu vielem zeitgleich gerecht werden, worunter der Film letztlich leidet.

Die Auslegeordnung der Lebensumstände der grossbürgerlichen Wiener Ehefrau und Mutter Hanna Leitner (Maresi Riegner) nimmt etwa die Hälfte der gesamten Spieldauer in Beschlag, was im Saal das Gefühl vermittelt, einem vielstündigen Epos beizuwohnen. Die Verschiedenheit eines rollen- und standesgefangenen Lebens hier und der schrittweisen Entdeckung einer weiteren Möglichkeit der Lebensführung in Selbstständigkeit auf dem Monte Verità der fiktiven zentralen Figur ist denn nach zwei Stunden auch der einzig zurückbleibende Eindruck. Die noble Dame kommt als Fremdkörper in eine Welt des experimentellen Ausbruchs und bleibts bis zuletzt. Statt einer euphorisierenden Erweckung eines in jedem Menschen innewohnenden Freigeistes vermittelt Stefan Jägers Inszenierung des Drehbuches von Kornelija Naraks eine überaus didaktische, dafür umso zaghaftere Versuchsanordnung, die selbst dann noch im Konjunktiv verhaften bleibt, als Hanna Leitner den ersten grossen, Mut bedürfenden Schritt der heimlichen Abreise längst hinter sich gebracht und physisch auf der Spielwiese der grenzenlosen Möglichkeiten angekommen ist. Das mag feinstofflich die allertrefflichste Übersetzung dieses Kulturschocks darstellen und den beabsichtigten Bogen von vor hundert Jahren in ein Heute schlagen, aber ein Funken, der sprühen oder gar rüberspringen könnte, lässt sich nicht allein aufgrund von kontinuierlichen Unentschiedenheiten auslösen. Die Vorsicht, mit der sich die zentrale Figur auf ihr unbekanntem Terrain vorantastet, passt zur intellektuell vielschichtigen Sorge des Regisseurs um grösstmögliche Berücksichtigung sämtlicher erdenklicher Befindlichkeiten. Aber die Emotionalität, um nicht gar zu sagen die Verve, bleibt in dieser Form in einem rein verkopften Denkgerüst gefangen, womit die finale Form dem eigentlichen Inhalt einer emanzipatorischen Befreiung regelrecht zuwiderläuft. froh.

«Monte Verità – Der Rausch der Freiheit» spielt in den Kinos Arena, Houdini, Le Paris.

Zwischenstand

Die Verdrängung «aus den Augen, aus dem Sinn» kann fatale Folgen zeitigen, wie «Mitholz» vorführt.

Zwei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs explodierte ein Teil des im Réduit bei Mitholz gelagerten Sprengstoffs und der Munition der Schweizer Armee. Die Schäden am Dorf wurden behoben und Ruhe kehrte ein. Der Filmemacher Theo Schmid wollte sich der Geschichte dieser Altlast annehmen und putzte dafür bundesbernische Klinken und nahm wahr, dass sein Begehren nach Informationen «zur Kenntnis genommen» wurde. Am Morgen des 28. Juni 2018 änderte sich die Gemengelage schlagartig. Dann, als der Dorfpöstler Kari allen 160 EinwohnerInnen von Mitholz eine geheime, formlose, aber dezidiert als dringlich erkennbare Einladung für eine Informationsveranstaltung des VBS am selben Abend auszuliefern hatte. Dort erfuhr die Bevölkerung von der sprichwörtlichen Bombe, dass noch immer geschätzte 3000 Tonnen explosives Material im Berg liegt und unkontrolliert korrodiert (so genau weiss das niemand), was ungeahnte Schäden anrichten könnte, würde es nicht schnellstmöglich geborgen und entsorgt. Für die Bauzeit von geschätzten zehn Jahren muss das Dorf komplett evakuiert werden. Sozusagen ab übermorgen: 2030. Auch der Fokus für Theo Schmid veränderte sich dahingehend, dass er die Informationstaktik der Behörden in all ihren verschiedenen Stufen abbildet, vor allem aber in der Bevölkerung Stimmen einholt und ihre jeweils individuelle Einschätzung und Konsequenz in einer grossen Vielfalt präsentiert. Nicht alle sind Bauern mit Vieh und Land und gehen altersmässig bereits auf die sechzig zu, was Gedanken an eine allfällige Rückkehr bereits obsolet werden lässt. Selbstredend ist dieser Film zur jetzigen Zeit nur eine Bestandesaufnahme. Aber allein dadurch beginnt das publikumsseitige Hirn zu rattern: Wo überall gibts genau noch welch verdrängte Altlasten, über die am liebsten geschwiegen würde, und wie wird damit verfahren? Und wie hoch wird der (nicht nur monetäre) Preis dafür ausfallen? froh.

«Mitholz» spielt im Kino Stüssihof.

Alles auf Zucker? (1)

Leider nein. Im Juni hat eine Zwischenbilanz ergeben, dass die Schweiz das Ziel verfehlen wird, mittels freiwilliger Verpflichtungen der Lebensmittelindustrie den Zuckeranteil in unserer täglichen Nahrung bis 2024 zu senken. Die WHO empfiehlt, höchstens 10, noch besser nur 5 Prozent der täglichen Energiemenge als Zucker aufzunehmen. Bei uns sind es 22 Prozent.

Man wollte ohne die von Fachleuten geforderte Zuckersteuer auskommen. Durch entsprechende Kampagnen informiert und befähigt, sollten wir in Eigenverantwortung zuckerhaltige durch gesündere Lebensmittel ersetzen – vor allem auch im Angebot von Heimen und Schulen, seltener Süsses und Limonaden konsumieren (inklusive Schorle, Fruchtsäfte und Smoothies), und wenn, dann in kleineren Mengen. Die Industrie verpflichtete sich darauf, Lebensmittel und Getränke weniger zu süssen, v.a. Yoghurt und Frühstücksgetreide (weil man diese ja für natürlich und gesund hält), aber auch Softdrinks (die die fettleibigkeitsgeplagte Jugend bevorzugt). Die Süsse darf dabei nicht künstlich wiederhergestellt werden, denn physiologisch bewirken Zuckerarten und künstliche Süssstoffe dasselbe. Nun: was denn eigentlich?

Grob gesagt, ist Zucker im Blut Gift für den Körper, wenn er nicht sofort mit Insulin in Energie (-depots) verwandelt wird. Ständige Zuckerzufuhr kann zu Insulinresistenz führen. Das viele freigesetzte Insulin blockiert das Sättigungshormon Leptin. Man hat ständig Hunger. Statt diesen mit Bohnen oder Broccoli zu bekämpfen, isst man wieder Zucker, denn auch die Dopaminrezeptoren im Hirn sind mit der süssen Reizüberflutung überfordert und machen die Schotten dicht. Nun folgt ein Abstumpfungs- und Eskalationskreislauf: Sie wollen unbedingt diesen Kick, aber egal wie süss Sie essen, Sie kriegen ihn nicht. Man darf daher mit Fug und Recht von Zucker- und Glukose-Sucht sprechen, und wie bei jeder Sucht brauchts dazu ein anfälliges Hirn (nicht alle verfallen ihr), allgegenwärtige Konsumanreize (Werbung!) und billigen Stoff.

Die Schuld am Scheitern der Reduktion sieht die Nahrungsmittelindustrie bei der Kundschaft. Diese wolle ja das süsse Zeug; sie trete in Kaufstreik, wenn Yoghurt, Flöckli und Guetsli weniger gezuckert seien. Fachleute wissen jedoch, dass der Geschmack sich sehr wohl anpassen lässt, vor allem wenn die Änderung stufenweise geschieht. Während diese nun die Zuckersteuer und die Subvention von Gemüse und Früchten fordern, meint die Nahrungsmittelindustrie, eine Steuer treffe vor allem die Armen. Tatsächlich weichen diese aber einfach auf das billigere (mithin zuckerärmere) Produkt aus. Gerade die bildungsferne und schlecht verdienende Bevölkerung kann enorm von gesparten Gesundheitskosten profitieren. Vom ersparten Leiden an Fettleibigkeit, Herz-Kreislauf-Krankheiten und Diabetes, die mit erhöhter Sterblichkeit einhergehen, ganz zu schweigen.

Manch einer hat sich ja ein Corona-Bäuchlein angefuttert – Frauen mitgemeint, aber fast doppelt so viele Männer wie Frauen sind übergewichtig –, daher lobe ich hier die Zucker-Challenge aus: Wie lange können Sie ohne Zucker (Honig, Agavendicksaft, Dörrfrüchte, Süssstoffe, Alkohol usw.) auskommen? Ohne dies mit Mehrkonsum von Mehlspeisen, Bier oder Früchten auszugleichen? (Tipp: Wenn Zucker erst als vierte Zutat auf der Packung aufgeführt ist, dürfen Sie reinbeissen. Noch besser: unverarbeitetes und unverpacktes Essen.) Toi, toi, toi!

Ina Müller

Reklame

p.s.

ICH BESTELLE

___ Probeabo 5 Wochen kostenlos
___ Jahresabo für 230 Franken
___ Gönnerabo ab 300 Franken
___ Abo für Menschen mit wenig Geld (100.–)

Name / Vorname

Strasse / Postfach

PLZ / Ort

P.S. Verlag, Hohlstrasse 216, 8004 Zürich, aboservice@pszeitung.ch